

Rebuild Ukraine

–
Vorschläge der deutschen Wirtschaft
für den Wiederaufbau und die Modernisierung der ukrainischen
Wirtschaft
(Stand: Juli 2024)

Anmerkung der Redaktion

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. (gegründet 1952) unterstützt die Arbeit deutscher Unternehmen in 29 Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens. Die Unterstützung der Ukraine hat sich seit Februar 2022 zu einem der wichtigsten Schwerpunkte unserer Arbeit entwickelt. Dazu gehörten im Jahr 2022 die Sammlung von Spenden, der Aufbau einer Jobbörse und die Vermittlung von Unterkünften für Flüchtlinge gemeinsam mit verschiedenen Partnern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Dieses Positionspapier mit Vorschlägen für den Wiederaufbauprozess in der Ukraine wurde zunächst im August und September 2022 in sieben Arbeitsgruppen zu **a) Rahmenbedingungen, b) Bau, c) Logistik und Infrastruktur, d) Digitalisierung, e) Agrarwirtschaft, f) Energie und g) Gesundheit** erarbeitet. Auf unsere Einladung hin nahmen Vertreter und Vertreterinnen von rund 50 deutschen Unternehmen und wichtigen Wirtschafts- und Industrieverbänden an der Debatte teil. Das ursprüngliche Dokument von 2022 wurde dann im April/Mai 2024 mit Blick auf die Ukraine Recovery Conference (URC) in Berlin nochmals überarbeitet.

Ein wichtiges Ergebnis der Arbeitsgruppen war die Einrichtung eines Service Desk Ukraine im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft im September 2022, der deutsche und europäische Unternehmen und Wirtschaftsverbände mit ukrainischen Partnern vernetzt, um konkrete wirtschaftliche Soforthilfe zu leisten und den Wiederaufbau in der Ukraine zu fördern. Der Service Desk ist eine Anlaufstelle für alle deutschen Wirtschaftsakteure, die sich am Wiederaufbau in der Ukraine beteiligen wollen. Finanziert wird es durch Sonderbeiträge einzelner Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses.

Der nötige Umfang des Wiederaufbaus der Ukraine ist zum jetzigen Zeitpunkt noch schwer abzuschätzen. Niemand kann derzeit vorhersagen, wie sich der Krieg Russlands gegen die Ukraine weiter entwickeln wird. Vor diesem Hintergrund konzentriert sich dieses Dossier auf Themen, die für internationale Unternehmen wichtig sind. Dabei geht es sowohl um kurzfristige Hilfe als auch um den mittel- bis langfristigen Wiederaufbau.

Zum einen möchten wir mit diesem Papier auf die in Lugano (Juli 2022) und London (Juni 2023) vorgestellten Ziele der ukrainischen Regierung zum Thema „Rebuild Ukraine“ reagieren. Zum anderen soll dieses Dossier als Diskussionsgrundlage zur Gestaltung der Rahmenbedingungen, aber auch für konkrete Projektideen dienen, die relevant sind, um gemeinsam Fortschritte im Wiederaufbauprozess der Ukraine zu erzielen.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft lädt politische und wirtschaftliche Akteure aus der Ukraine, Deutschland und anderen Ländern sowie multinationale / internationale Institutionen zum Dialog ein. Wir verstehen das Papier als Teil eines Prozesses gemeinsamer Diskussionen und Projekte. Unternehmen und Verbände, die an der Erstellung des Papiers beteiligt waren, stehen ebenfalls für den weiteren Dialog zur Verfügung, freuen sich auf Anfragen und können über unseren Verband kontaktiert werden.

Kontakt:

Alena Akulich
Regionaldirektorin Osteuropa
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
A.Akulich@oa-ev.de

Andreas Metz
Leiter Public Affairs
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
A.Metz@oa-ev.de

Inhalt

Anmerkung der Redaktion	2
Zusammenfassung	4
Engagement der deutschen Wirtschaft in der Ukraine - Vorschläge für eine Zusammenarbeit	7
1. Geberkoordination und allgemeine Rahmenbedingungen	9
2. Konstruktion und Bau	18
3. Logistik und Infrastruktur.....	21
4. Landwirtschaft.....	26
5. Digitalisierung.....	28
6. Energie und Wasser	30
7. Gesundheitswesen	33
Über den Herausgeber	37
Kontakt	38

Zusammenfassung

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt seit 1952 deutsche Unternehmen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sowie Zentralasien. Mit dem Beginn des russischen Angriffskrieges im Februar 2022 ist der Wiederaufbau der Ukraine zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit geworden. Wir sind überzeugt, dass der Wiederaufbau nicht bis nach einem möglichen Friedensschluss warten kann, sondern eine wichtige Voraussetzung für einen gerechten Frieden und eine europäische und demokratische Ukraine ist. Der Ost-Ausschuss hat deshalb bereits 2022 verschiedene Initiativen zur Unterstützung der Ukraine gestartet, einen Service Desk Ukraine zur Vernetzung deutscher und ukrainischer Wirtschaftsakteure eingerichtet und eine Gruppe von rund 50 deutschen Unternehmen und Verbänden zusammengeführt, die an diesem Positionspapier mitgewirkt haben.

Trotz der bestehenden Kriegsrisiken sehen wir Geschäftsmöglichkeiten für deutsche und internationale Unternehmen und für die Zusammenarbeit mit der ukrainischen Wirtschaft. Nicht alle Teile des Landes sind gleichermaßen vom Krieg betroffen. Der Westen des Landes könnte als geeigneter Zulieferer/Beschaffungsort oder zur Lokalisierung der Produktion in Frage kommen. Das zeigen auch die rund 30 Projekte, die zwischen Februar 2022 und April 2024 durch Investitions Garantien der Bundesregierung abgesichert wurden.

Dieses Papier beschreibt eine Vielzahl von Ansätzen für eine Zusammenarbeit zwischen der deutschen und ukrainischen Wirtschaft. Marktchancen bieten sich zum Beispiel in der Landwirtschaft, im Energie- und Bausektor, in der IT-Branche, im Transport- und Logistikbereich sowie im Verteidigungssektor. Um noch mehr Unternehmen davon zu überzeugen, sich trotz der Sicherheitsrisiken in der Ukraine zu engagieren und den Wiederaufbau effizient und nachhaltig zu gestalten, müssen eine Reihe von grundsätzlichen Fragen geklärt und Hindernisse überwunden werden. Die folgenden Themen sollten dabei im Mittelpunkt stehen:

- **(G7+) Business Advisory Council:** Mit der Einrichtung der Multi-agency Donor Coordination Platform (MDCP) der G7 gibt es ein notwendiges Gremium zur Koordinierung der Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für den Wiederaufbau der Ukraine. Allerdings fehlt es noch an einer effizienten Vertretung der Geschäftswelt. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat frühzeitig die Einrichtung eines (G7+) Business Advisory Council (BAC) vorgeschlagen, das sich aus internationalen Verbänden und wichtigen Investoren und Investorinnen in der Ukraine zusammensetzt. Im Rahmen der Ukraine Recovery Conference in Berlin fand am 10. Juni die konstituierende Sitzung des BAC statt. Der BAC soll im ständigen Dialog mit den G7+ den Wiederaufbauprozess strategisch begleiten und Vorschläge zur kontinuierlichen Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Ukraine unterbreiten.
- **Investitionsschutz:** Die deutschen Investitions Garantien und Exportversicherungen sind international vorbildlich. Auch die Multilateral Investment Guarantee Agency (MIGA) der Weltbank und Organisationen einzelner Länder bieten inzwischen Versicherungen an. Allerdings ist der Versicherungsschutz noch begrenzt und steht ukrainischen Projektpartnern nur in eingeschränktem Umfang zur Verfügung. Die deutschen Investitions Garantien gelten beispielsweise nicht für reinvestierte Gewinne. Seit der Wiederaufbaukonferenz in London im Juni 2023 ist von einem besseren, international koordinierten Versicherungssystem die Rede. Hier sind Fortschritte dringend notwendig.

- **Transportversicherung:** Seit Beginn des Krieges sind Versicherungen für Geschäftsreisen in die Ukraine und für den Transport von Gütern durch die Ukraine nur noch eingeschränkt möglich. Private Versicherungsunternehmen halten sich aufgrund ihrer eigenen Risikovorschriften vom Markt fern. Hier werden Lösungen der internationalen Gemeinschaft benötigt. Es könnte ein Mechanismus geschaffen werden, der die Versicherungsunternehmen von Zahlungsverpflichtungen aufgrund von Kriegsfolgeschäden entlastet bzw. deren Risiko abmildert. Das Territorium der Ukraine könnte in Zonen mit erhöhtem oder geringem Kriegsrisiko eingeteilt werden, innerhalb derer Versicherungsfähigkeit gegeben ist.
- **Sichere Lieferketten:** Lange Abfertigungszeiten und Blockaden an den ukrainischen Grenzen zu den EU-Nachbarn sind eine ständige Belastung für exportierende Produzenten und stellen ein ernsthaftes Investitionshindernis dar. Die Konflikte um den ukrainischen Marktzugang zur EU, die in einigen EU-Ländern mit lokalen Agrarproduzenten und Logistikunternehmen bestehen, müssen dringend gelöst werden. Die Proteste sind zu einer untragbaren Belastung für den reibungslosen Warenverkehr geworden und schaden nicht zuletzt westlichen Investierenden, die in der Ukraine produzieren und denen zunehmend Aufträge aus der EU entgehen. Darüber hinaus muss die Infrastruktur ausgebaut und die Zollverfahren und -kontrollen müssen vereinfacht werden. Neben dem Ausbau der grenzüberschreitenden Schienen- und Straßenverkehrsinfrastruktur und damit der infrastrukturellen Anbindung an das Gebiet der Europäischen Union bleibt die Sicherung des Schiffsverkehrs über die Donau und das Schwarze Meer eine zentrale Aufgabe.
- **Privates Kapital:** Der Wiederaufbau von öffentlicher Infrastruktur wie Straßen, Brücken und öffentlichen Gebäuden (Wiederaufbau) wird sicherlich nur in besonderen Fällen mit privaten Mitteln möglich sein. Um diese Möglichkeiten zu nutzen, bedarf es eines guten und sicheren Rahmens für privat-öffentliche Partnerschaften. Finanzierungen für kommerzielle Projekte im Rahmen des wirtschaftlichen Aufschwungs sind für private Banken aufgrund des derzeit sehr schlechten Länderratings der Ukraine als Folge des Krieges und anderer Hindernisse derzeit nicht möglich bzw. aus unternehmerischer Sicht nur sehr schwer zu realisieren. Es müssen Ausnahmen und Überbrückungsinstrumente für den Wiederaufbau des Landes gefunden werden, um privates Kapital zu mobilisieren.
- **Transparenz und Rechtssicherheit:** Die Ukraine hat in Teilen der europäischen Wirtschaft aufgrund früherer Erfahrungen mit Korruption und Rechtsstaatlichkeit weiterhin ein belastetes Image. Auch Fälle aus der jüngeren Vergangenheit lassen Zweifel an einer positiven Entwicklung aufkommen. Die wiederholte Aufdeckung von Korruptionsfällen in der Ukraine zeigt aber auch die zunehmende Wirksamkeit der bestehenden Instrumente. Nach Ansicht von Experten hat sich das Land in den letzten Jahren dank einer aktiven Zivilgesellschaft deutlich weiterentwickelt und bekämpft bestehende Missstände. Dennoch sind weitere Anstrengungen nötig, um Zweifel an der Nachhaltigkeit des Anti-Korruptionskurses zu zerstreuen und einen dauerhaft sicheren Rechtsstaat zu etablieren. Erforderlich sind auch verlässliche, stabile und transparente Rahmenbedingungen für öffentliche Ausschreibungen und öffentlich-private Partnerschaftsprojekte.

- **EU-Vorschriften:** Die EU-Beitrittsperspektive der Ukraine ist ein entscheidendes Argument für Investierende, in dem Land aktiv zu werden. Im Beitrittsprozess muss die Ukraine wie jedes andere Beitrittsland alle Kriterien erfüllen. Der Prozess wird daher viele Jahre dauern, aber die rasche Übernahme und Akzeptanz der wichtigsten EU-Normen, Standards und Zertifizierungen für die Wirtschaftsakteure ist notwendig und schnell möglich, zumal der Prozess dank des Assoziierungsabkommens mit der EU bereits weit fortgeschritten ist. Die ukrainische Regierung sollte dem Vorrang einräumen und den Wiederaufbau eng mit dem EU-Beitrittsprozess und den Anforderungen des europäischen Green Deal verknüpfen.

Engagement der deutschen Wirtschaft in der Ukraine - Vorschläge für eine Zusammenarbeit

Nach Angaben der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer waren vor Beginn des russischen Angriffs rund 2.000 Unternehmen aus Deutschland in der Ukraine tätig. Die meisten von ihnen halten ihre Aktivitäten weiterhin aufrecht, so gut es die Kriegssituation erlaubt. Deutsche Unternehmen sind in vielen Bereichen wie Landwirtschaft, Bauwesen, Transport und Logistik, elektronische Bauteile und Gesundheitswesen tätig. Deutsche Unternehmen haben die Ukraine auch als Beschaffungsstandort im digitalen Sektor entdeckt.

Trotz des anhaltenden russischen Angriffskrieges wuchs die ukrainische Wirtschaft im Jahr 2023 um rund fünf Prozent, nachdem das Bruttoinlandsprodukt im ersten Kriegsjahr 2022 um rund 30 Prozent eingebrochen war. Neben dem starken Engagement der deutschen Regierung und vieler internationaler Partner hat auch die deutsche Wirtschaft zur Stabilisierung der ukrainischen Wirtschaft beigetragen. Die deutschen Exporte in die Ukraine sind im Jahr 2023 um 45 Prozent auf sieben Milliarden Euro gestiegen, auch, aber nicht nur wegen der deutschen Waffenlieferungen. Das war ein neuer Rekordwert. Seit September 2023 übertrifft der deutsche Warenhandel mit der Ukraine bereits kontinuierlich Monat für Monat den deutschen Handel mit Russland, der 2023 um 75 Prozent zurückging. Zum Vergleich: Im Vorkriegsjahr 2021 war das Volumen des deutsch-russischen Handels siebenmal größer als das Volumen des deutsch-ukrainischen Handels.

Im ersten Kriegsjahr 2022 konzentrierten sich die deutschen Unternehmen vor allem auf den Erhalt des Standortes und die Nothilfe. Inzwischen wächst die Zahl der neuen Projekte. Unverzichtbare Unterstützung bieten die Investitions- und Exportgarantien des Bundes. Zur Absicherung von Risiken bei Handelsgeschäften bietet die Bundesregierung den Unternehmen weiterhin sogenannte Hermesdeckungen für die Ukraine an - ein Novum für ein Land im Krieg. Im Jahr 2023 betrug das Deckungsvolumen für Exporte in die Ukraine rund 170 Millionen Euro.

Staatliche Investitions Garantien, die von PricewaterhouseCoopers (PwC) verwaltet werden, stehen ebenfalls weiterhin zur Verfügung. Seit Kriegsbeginn wurden rund 30 Investitions Garantien für Projekte deutscher Unternehmen in der Ukraine, einschließlich Industrieansiedlungen, übernommen. Von Februar 2022 bis April 2024 wurden 46 Investitions Garantien für Projekte in der Ukraine für 21 Unternehmensgruppen mit einem Gesamtdeckungsvolumen (Höchsthaftung) von rund 340 Millionen Euro ausgegeben. Unterstützt wurden neben deutschen Unternehmen, die schon länger im Land sind und den Markt kennen, auch eine wachsende Zahl von Unternehmen, die neu in die Ukraine gegangen sind.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat im August 2022 einen Service Desk Ukraine eingerichtet, der zwischen Unternehmen in Deutschland und der Ukraine vermittelt, Nothilfe koordiniert und über Geschäftsmöglichkeiten informiert. Der Service Desk wird aktuell von zwölf Mitgliedsunternehmen finanziert. Er ist die erste Anlaufstelle für alle Unternehmen, die in der Ukraine Geschäfte machen wollen. Gleichzeitig nutzt auch die deutsche Regierung das geschaffene Netzwerk. Als Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft engagieren wir uns auch in der nationalen Plattform Wiederaufbau Ukraine und in vielen anderen nationalen und internationalen Formaten - wie den beiden „Recovery-Ukraine“-Messen 2023 in

Warschau und dem Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforum, das wir im Oktober 2023 zum sechsten Mal mit unseren deutschen Kollegen von DIHK und AHK Ukraine und ukrainischen Partnern in Berlin veranstaltet haben. Unter den 500 Teilnehmern waren Bundeskanzler Olaf Scholz, Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und das halbe ukrainische Kabinett mit Ministerpräsident Denis Schmyhal an der Spitze. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenski wurde live aus Kiew zugeschaltet. Im Oktober 2023 konnte der Ost-Ausschuss an einer ersten Wirtschaftsdelegationsreise seit Kriegsbeginn aus Deutschland in die Ukraine teilnehmen.

Der Ost-Ausschuss sieht trotz der Kriegsrisiken Geschäftsmöglichkeiten für deutsche Investierende und für die Zusammenarbeit mit ukrainischen Unternehmen. Besondere Marktchancen bestehen in der Landwirtschaft, im Energie- und Bausektor, in Logistik und Transport, in der IT-Branche und im Verteidigungssektor.

Abgesehen von der anhaltenden Kriegssituation und den ständigen Luftangriffen in vielen Teilen der Ukraine stehen Investitionen in den raschen und erfolgreichen Wiederaufbau noch weitere Hindernisse im Wege, die auch auf der Ukrainian Recovery Conference (URC) im Juni 2024 in Berlin thematisiert wurden. Dieses Positionspapier, das wir mit der Unterstützung von rund 50 Mitgliedsunternehmen und -verbänden erarbeitet haben, enthält dazu eine Fülle von branchenspezifischen Anmerkungen und Vorschlägen.

1. Geberkoordination und allgemeine Rahmenbedingungen

Allgemeine Bemerkungen:

Die Ukraine braucht eine Wirtschaft, welche die russische Invasion überdauert, die Staatseinnahmen sichert, die militärische Verteidigung aufrechterhält und die Grundlage für die Integration in die Europäische Union schafft. Deutschland und seine europäischen Partner sowie die Vereinigten Staaten, Kanada, Japan, Australien und andere Länder der demokratischen Welt müssen dringend mit der Ukraine zusammenarbeiten – nicht nur bei der Makrofinanzierung und den staatlichen Hilfsprogrammen, die allein nicht ausreichen werden, sondern auch bei der Einführung von Programmen zur Förderung von Privatinvestitionen und klimafreundlichem, nachhaltigem Wirtschaftswachstum.

Kein Betrag an staatlicher Hilfe wird jemals ausreichen, um die ukrainische Wirtschaft aufzubauen und zu erhalten. Keine zentralisierte Kontrolle wird jemals zu wirklich komfortablen Bedingungen für private Investierende führen. Ziel sollte es daher sein, bereitgestellte Gelder und politische Entscheidungen strategisch so einzusetzen, dass Anreize für den Privatsektor geschaffen werden, zu investieren, Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen und die ukrainische Wirtschaft in die EU zu führen. Auf den Privatsektor entfielen im Jahr 2020 78,8 Prozent der Bruttowertschöpfung der Ukraine und 76 Prozent der Beschäftigung. Rund zwei Drittel der Investitionen im Land wurden von privaten Unternehmen getätigt. Dies unterstreicht die Bedeutung privater Wirtschaftsakteure.

Der Wiederaufbau beginnt jetzt

Manche sprechen beim Thema Wiederaufbau von einem „Marshall-Plan“ für die Ukraine, und tatsächlich gibt es interessante Parallelen. Das vielleicht wichtigste Merkmal des Marshall-Plans, wie ihn der US-Außenminister George C. Marshall Ende der 1940er Jahre für das kriegszerstörte Europa konzipiert hat, war genau dies: nicht nur die Verteilung von staatlicher Hilfe sondern die Wiederbelebung des Privatsektors.

Während der Marshall-Plan direkt nach dem Krieg eingeführt wurde, um zerstörte Länder wieder aufzubauen, braucht die Ukraine einen Plan, der bereits unter den bestehenden Kriegsbedingungen funktioniert und auch Rückschläge durch Zerstörungen für investierende Unternehmen kalkulierbar macht.

Eines muss von vornherein klar sein: Der Wiederaufbau ist eine zweiseitige Angelegenheit. Um die ukrainische Wirtschaft wieder anzukurbeln, muss die ukrainische Regierung Maßnahmen ergreifen, um das Vertrauen der Investierenden in die Rechtsstaatlichkeit zu stärken, Gesetze zu verabschieden und Reformen durchzuführen, die erforderlich sind, um die ukrainische Wirtschaft an die EU anzugleichen und regulatorische und bürokratische Hindernisse für Investitionen zu beseitigen. Gleichzeitig ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Ukraine breite Unterstützung aus dem Ausland erhält und dass der Wiederaufbau zu modernen Wirtschaftsstrukturen beiträgt, nach dem Motto „build back better“.

Staatliche Strategien und Programme wie der Europäische Green Deal werden neue globale Wertschöpfungsketten formen. Die Geber sollten die Ukraine bei der Entwicklung einer kohlenstoffarmen Wirtschaft unterstützen, die in diese Wertschöpfungsketten eingebettet ist. Andernfalls besteht die Gefahr, dass es zu „stranded assets“ und einem weiteren wirtschaftlichen Abschwung kommt. Wir begrüßen es sehr, dass ein grüner, innovativer und EU-orientierter Wiederaufbauprozess im Mittelpunkt der strategischen Vision der ukrainischen Regierung steht.

Aufrechterhaltung der Möglichkeiten für Geschäfte in der Ukraine

Es liegt an der Ukraine, die notwendigen internen Entscheidungen zu treffen, um den Privatsektor zu stärken und das Land in Richtung EU-Mitgliedschaft zu führen. Es ist klar, dass es keinen Blankoscheck für die Ukraine geben wird. Privates Kapital wird nur dann in die Ukraine kommen, wenn die kriegsbedingten Ausfallrisiken von staatlichen Akteuren übernommen oder deutlich reduziert werden. Um private Banken für das Land zu aktivieren, müssen die Bedingungen für die Bereitstellung von Kapital so angepasst werden, dass ein Engagement attraktiv ist. Deshalb ist es auch wichtig, die ukrainische Kriegswirtschaft wieder zu dezentralisieren und die lokalen Verwaltungsstrukturen zu stärken und korruptionsresistent zu machen.

Derzeit sind deutsche Unternehmen weiterhin in der Ukraine aktiv und unterstützen das Land. Dennoch sind erste Anzeichen für den Aufbau von Backup-Strukturen für die Produktion in der Automobilindustrie außerhalb der Ukraine zu erkennen. So verständlich dies im Hinblick auf die Lieferfähigkeit ist, so besteht auch die Gefahr, dass Produktionskapazitäten dauerhaft selbst aus der vergleichsweise sicheren Westukraine abgezogen werden. Wir appellieren an Unternehmen und Kunden, weiterhin Produkte aus der Ukraine zu beziehen. Dies sichert die Strukturen vor Ort, stärkt die Wirtschaft, den Staat und verhindert weitere Flüchtlingsbewegungen in den Westen, wenn Arbeitsplätze in der Ukraine verloren gehen.

Vorschläge:

1) Zentrale Anlaufstellen für Unternehmen

Zu den Forderungen der deutschen Wirtschaft im Jahr 2022 gehörte die Schaffung zentraler Anlaufstellen auf nationaler und internationaler Ebene, die die Bemühungen um den Wiederaufbau der Ukraine und die Aktivitäten der Geberländer koordinieren, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Diese Vorschläge aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind nun umgesetzt worden:

G7-Plattform zur Geberkoordinierung

Die Multi-agency Donor Coordination Platform der G7¹ wurde Ende 2022/Anfang 2023 eingerichtet. Das Mandat der Plattform besteht darin, die Unterstützung für den unmittelbaren Finanzbedarf der Ukraine sicherzustellen und die künftige wirtschaftliche Erholung und den Wiederaufbau über verschiedene Quellen und etablierte Finanzierungsinstrumente hinweg zu koordinieren und so die bestehenden Tracks (z. B. den G7 Finance Track, die G7-Koordinierungsgruppe für Energieinfrastruktur, die IFI-Koordinierungsgruppe) zu ergänzen. Ziel der Plattform ist es auch, die Ressourcen auf kohärente, transparente und integrative Weise zu nutzen. Der Lenkungsausschuss (Steering Committee) der Plattform setzt sich aus hochrangigen Beamten aus der Ukraine, den G7-Ländern und der EU zusammen. Er tritt regelmäßig zusammen. Der Lenkungsausschuss steuert die Plattform nach dem Konsensprinzip. Die Plattform arbeitet eng mit den ukrainischen Behörden zusammen, um den strategischen Bedarf zu definieren, Prioritäten zu setzen und eine Reihenfolge festzulegen, die mit den Reformbestrebungen der Ukraine, den Bedingungen für die Finanzierung und strukturelle Unterstützung durch die wichtigsten Geber und dem europäischen Weg der Ukraine im Einklang steht. Den Vorsitz des Lenkungsausschusses führen gemeinsam der Generaldirektor für Nachbarschafts- und

¹ [Plattform zur Geberkoordinierung verstärkt Anstrengungen zur Unterstützung der Ukraine \(europa.eu\)](#)

Erweiterungsverhandlungen der Europäischen Kommission Gert Jan Koopman, der ukrainische Finanzminister Serhii Marchenko, und der stellvertretende nationale Sicherheitsberater für internationale Wirtschaft Mike Pyle (USA). Die Hauptaufgaben sind derzeit die Organisation von (finanzieller und materieller) Soforthilfe, die Unterstützung des Wiederaufbaus des Energiesektors sowie die Unterstützung von Hilfsmaßnahmen zur Versorgung von Binnenvertriebenen in der Ukraine. Es wurde ein technisches Sekretariat mit Büros in Brüssel und Kiew eingerichtet. Eine mittel- und langfristige Aufgabe der Plattform und des Sekretariats besteht darin, die Wiederaufbaubemühungen der beteiligten Partnerländer zu strukturieren und zu koordinieren. Gleichzeitig richtete die ukrainische Regierung eine, dem Infrastrukturministerium angegliederte Wiederaufbauagentur ein, die sich auf den Wiederaufbau der Infrastruktur in der Ukraine konzentriert. Die Agentur entwickelte die digitale Plattform „DREAM“ als Instrument zur Verbesserung der Transparenz und Strukturierung².

² [RISE | UKRAINE; DREAM | Digitales Ökosystem für das Wiederaufbaumanagement](#)

Beirat der Wirtschaft

Mit der Einrichtung der Multi-agency Donor Coordination Platform gibt es ein notwendiges Gremium, um die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft für den Wiederaufbau des Landes zu koordinieren. Allerdings wird eine effiziente Vertretung der Wirtschaft benötigt, die den politischen Prozess begleitet. Der Ost-Ausschuss hat deshalb im Sommer 2022 die Einrichtung eines „G7+ Business Advisory Council“ (BAC) vorgeschlagen, das aus Vertreterinnen und Vertretern von bereits in der Ukraine tätigen Verbänden und Unternehmen gebildet wird. Das BAC soll im ständigen Dialog mit dem Steering Committee der G7+ den Wiederaufbauprozess überwachen und Vorschläge zur kontinuierlichen Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen in der Ukraine unterbreiten. Dabei sollen die Erfahrungen aus dem Wiederaufbauprozess nach den Kriegen auf dem Westlichen Balkan, insbesondere in Bosnien und Herzegowina, genutzt werden. Das BAC hat anlässlich der Ukraine Recovery Conference in Berlin im Juni 2024 unter Vorsitz von Christian Bruch, CEO von Siemens Energy und Stellvertretender Ost-Ausschuss-Vorsitzender, seine Arbeit aufgenommen.

Plattform Wiederaufbau Ukraine / „Reconstruction Ukraine Platform“

Im März 2023 hat die Bundesregierung die nationale Plattform Wiederaufbau Ukraine ins Leben gerufen, um die vielfältige Unterstützung aus Deutschland besser darzustellen und Möglichkeiten der Verzahnung zu eröffnen. Die Plattform richtet sich an Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunen in Deutschland und soll die am Wiederaufbau beteiligten Akteure vernetzen. Sie soll zu einer höheren Transparenz der Initiativen für den Wiederaufbau der Ukraine beitragen. Folgende Themen sind im Rahmen der Plattform festgelegt worden: Inklusion und sozialer Zusammenhalt, Transparenz und gute Regierungsführung, städtischer und kommunaler Wiederaufbau, nachhaltiger Wiederaufbau der Wirtschaft.

Germany Trade & Invest (GTAI) hat die Aufgabe übernommen, die beteiligten Wirtschaftsakteure in Deutschland zu koordinieren. Für die Privatwirtschaft ist unter anderem der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft eng in diese Arbeit eingebunden. Die Mitglieder der nationalen Plattform haben sich mehrfach zu Vernetzungstreffen getroffen, entwickeln Konzepte zur besseren Koordination und Einbindung deutscher Initiativen in den Aufbauprozess und bereiten in engem Dialog mit der Bundesregierung die deutsche Beteiligung an internationalen Aufbaukonferenzen vor.

2) Klarer Rahmen für Transparenz und gegen Korruption

Die Beschleunigung des Zuflusses ausländischer Direktinvestitionen (ADI) in die Ukraine ist von größter Bedeutung und muss oberste Priorität haben. Im Vergleich zur Größe des Landes und seinem wirtschaftlichen Potenzial blieb die Zahl der ausländischen Direktinvestitionen in den vergangenen Jahren hinter den Erwartungen zurück. Einige Hindernisse für die Schaffung eines günstigen Umfelds für die Stärkung der ukrainischen Privatwirtschaft sind Korruption, Bürokratie und mangelnde Transparenz. Diese Probleme sind auch die Haupthindernisse für die angestrebte EU-Mitgliedschaft des Landes. Für staatliche Geber, insbesondere aus der EU, ist der Privatsektor und seine Bereitschaft, in der Ukraine zu investieren, der beste Indikator dafür, ob die Ukraine in dieser zentralen Frage Fortschritte gemacht hat. Zukünftige Strukturen, Prozesse und Aktivitäten müssen daher dazu beitragen, das in den letzten Jahren teilweise verlorene Vertrauen deutscher und anderer westlicher Unternehmen (wieder) aufzubauen.

Die ukrainische Regierung hat die Defizite erkannt und eine neue und umfassende Strategie zur Korruptionsbekämpfung verabschiedet. Sie hat diese Strategie im Anschluss an die Lugano-Konferenz 2022 konkretisiert und Schritte zur Beseitigung der endemischen Korruption, die das Land vor dem russischen Angriffskrieg heimgesucht hat, dargelegt.

Um die Schaffung eines günstigen Umfelds für eine dynamische und widerstandsfähige Privatwirtschaft zu erleichtern und den Weg für die EU-Mitgliedschaft der Ukraine zu ebnen, sollte im Rahmen nationaler Unterstützungsplattformen sowie im Umfeld der Multi-agency Donor Coordination Platform der G7+ eine spezialisierte, vom Privatsektor geleitete Stelle mit spezifischem Fachwissen über Korruptionsbekämpfung und Compliance-Praktiken im privaten und öffentlichen Sektor eingerichtet werden, die folgende Aufgaben hat:

- Sicherstellung der zweckgebundenen Verwendung öffentlicher Mittel.
- Überwachung der Umsetzung der Korruptionsbekämpfungsstrategie der Ukraine mit besonderem Blick auf den Weg der Ukraine zur EU-Mitgliedschaft (Kopenhagener Grundsätze).
- Kontinuierliche Berichterstattung über Fortschritte, Entwicklungen und Rückschläge bei der Umsetzung.
- Durchführungen von Audits.
- Entwicklung und Beratung zu praktischen Maßnahmen der Korruptionsbekämpfung.
- Funktion als Rückkanal zwischen dem Privatsektor und der Gebergemeinschaft.

3) Implementierung von Kontroll- und Risikoversicherungs-/Garantiemechanismen

Um ausländische Unternehmen anzuziehen und ihre Tätigkeit im Prozess des „Wiederaufbaus einer besseren Ukraine“ (build back better) zu fördern, ist ein gut durchdachter und zuverlässiger Kontroll- und Unterstützungsmechanismus für Privatunternehmen von entscheidender Bedeutung:

Zum einen sind zur Unterstützung von Wiederaufbauprojekten deutscher Unternehmen Finanzierungshilfen und Risikoabsicherungen für Investitionen und Handel von entscheidender Bedeutung. Die Investitions- und Außenwirtschaftsförderinstrumente der Bundesregierung (Exportkreditgarantien, Investitionsgarantien, Garantien für Ungebundene Kredite) und von Organisationen wie der Multilateralen Investitionsgarantie-Agentur MIGA (Weltbankgruppe), der U.S. International Development Finance Corporation (DFC), UK Export Finance (UKEF), der polnischen Exportkreditversicherung (KUKE), der italienischen staatlichen Exportkreditagentur (SACE), der schwedischen Export- und Kreditagentur (EKN) und der französischen BPIFRANCE Assurance Export sollen weiter mobilisiert und nach Möglichkeit (z.B. durch Zuschüsse oder andere Anreize) an das in der Ukraine vorherrschende höhere Risikoumfeld angepasst werden. Der Versicherungsschutz ist noch begrenzt und steht ukrainischen Projektpartnern nicht zur Verfügung. Die deutschen Investitionsgarantien gelten z.B. nicht für reinvestierte Gewinne. Seit der Wiederaufbaukonferenz in London ist von einem besseren internationalen Versicherungssystem die Rede. Hier sind weitere Durchbrüche dringend erforderlich.

Zweitens brauchen die Unternehmen funktionierende Instrumente zur Absicherung ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die in die Ukraine reisen, sowie des Transports von Gütern durch das Land. Die weitgehende Streichung von Transport- und Güterversicherungsleistungen für das Gebiet der Ukraine im Jahr 2022 hatte

schwerwiegende Folgen für die Unternehmen der Transportbranche: Es ist verständlich, dass sich Versicherungsunternehmen gegen politische Risiken absichern wollen, die im Allgemeinen als „nicht versicherbar“ gelten. Der vollständige Ausschluss des ukrainischen Territoriums bedeutet, dass auch Risiken, die grundsätzlich versicherbar sind, nicht mehr versichert werden. Aus Sicht der Transport- und Exportwirtschaft müssen Wege gefunden werden, einerseits die für die Versicherer unkalkulierbaren Kriegsrisiken zu versichern und andererseits kriegsbedingte und nicht kriegsbedingte Schadenursachen abzugrenzen. So wie in Deutschland Investitions Garantien des Bundes die Unternehmen vom Kriegsrisiko für eine Investition in der Ukraine entlasten, könnte ein ähnlicher Mechanismus auch für Versicherungsunternehmen geschaffen werden, um sie vom Risiko von Zahlungsverpflichtungen aufgrund von Kriegsfolgeschäden zu entlasten. Das Territorium der Ukraine könnte in Zonen und Korridore eingeteilt werden, innerhalb derer die Versicherbarkeit individuell zugeschnitten wird: So könnten z.B. humanitäre und Hilfsgüter auch im Frontgebiet versichert werden, während rein kommerzielle Güter im Frontgebiet von der Versicherung ausgeschlossen werden könnten. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat zu diesem Thema ein ausführliches Positionspapier verfasst.

Drittens sollte eine unabhängige Kontaktstelle die Überwachung der Vertragserfüllung unterstützen und sich um die Weiterverfolgung von Projekten kümmern, wenn Unternehmen aktiv werden. Die Unternehmen müssen sicherstellen, dass die Ausschreibungen fair sind, die Rechnungen bezahlt werden und die Risiken auf einer fairen Basis abgedeckt oder geteilt werden.

In den vergangenen Monaten hat sich gezeigt, dass die europäische Bankenregulierung einen hemmenden Einfluss auf die Finanzierung von Projekten hat: Die Erfüllung der unabhängig überwachten Regulierungsanforderungen in der Ukraine ist nahezu unmöglich. Darüber hinaus riskieren Banken und Fonds eine Herabstufung ihrer Ratings, wenn sie Projekte in der Ukraine finanzieren. Da die Ukraine zur OECD-Länderkategorie 7 gehört, wären die zu zahlenden Prämien sehr hoch.

Wir sind sehr froh, dass die Bundesregierung den deutschen Unternehmen in ihrem Wunsch nach Risikominimierung sehr entgegengekommen ist. Die deutschen Instrumente zur Absicherung von Warenlieferungen ("Euler Hermes"³) sowie die Investitions Garantien der Bundesrepublik Deutschland⁴ wurden auch unter Kriegsbedingungen zugänglich gehalten. Deutschland nimmt hier international eine Vorreiterrolle ein und andere Länder orientieren sich an diesem Beispiel. Der Investitionsversicherungsschutz wurde sogar ausgeweitet. Dadurch sind nun auch die deutschen Anteile an Investitionen unter anderem gegen Kriegsschäden, politische Risiken oder Enteignung abgesichert. Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit ist es nun notwendig, international wirksame Instrumente für Konsortien unter Einbeziehung ukrainischer Unternehmen zu entwickeln. Auf der URC wurden dazu Fortschritte erzielt⁵.

Um auf kommerzieller Basis tätig werden zu können, sind mehr Versicherungsprodukte für den Privatsektor erforderlich. Derzeit können die internationalen Finanzinstitutionen (IFI) nur kurzfristige Deckungen im kommerziellen Bereich anbieten, aber keine langfristigen

³ [Allianz Trade - Kreditversicherung, Vertrauensschaden, Avale \(allianz-trade.de\)](https://www.allianz-trade.de)

⁴ [pwc.de: Investitions Garantien der Bundesrepublik Deutschland](https://www.pwc.de)

⁵ [Einblicke, Ergebnisse und nächste Schritte | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Deckungen für Kreditfinanzierungen. Neben der politischen Deckung ist hier auch eine stärkere wirtschaftliche Deckung erforderlich. Dabei geht es vor allem darum, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen privat getragenen und öffentlich übernommenen Risiken zu erreichen.

Unter den derzeitigen regulatorischen Bedingungen ist die Finanzierung in der Ukraine daher erheblich eingeschränkt. In einigen Fällen sind die Banken gezwungen, sofort Wertberichtigungen für das Engagement zu bilden, die den Gewinn unmittelbar schmälern. Aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen gelten ukrainische Projekte als hoch ausfallgefährdet und müssen aufsichtsrechtlich als solche behandelt werden, auch wenn sie z.B. durch eine ECA abgesichert sind. Ungeachtet der Regulierung verursachen hohe Risikoprämien zusätzliche Kosten.

Der Bankensektor ist auch aus gutem Grund ein vollständig regulierter Sektor. Hier geht es darum, systemische Risiken zu verhindern. Diese Regulierung bedeutet, dass Kredite für ukrainische Projekte so geprüft werden müssen, als würden sie in einem Land ohne Kriegszustand, Angriffskrieg oder Sicherheitsprobleme vergeben. Dem steht die immer wieder erhobene Forderung entgegen, dass privates Geld für Investitionen mobilisiert werden soll.

Um dies zu ermöglichen, müsste überlegt werden, die Engagements der Banken in der Ukraine für einen bestimmten Zeitraum regulatorisch voll zu unterstützen (z.B. durch eine bessere Berücksichtigung von Sicherheiten, Deckung etc. bei der Eigenkapitalunterlegung). Nur so wäre ein Einstieg in die Finanzierung unter den beschriebenen Umständen möglich. Dies könnte durch einen Rückversicherungsmechanismus gelöst werden, der nur dann greift, wenn ein Projekt scheitern sollte. In Anbetracht der oben beschriebenen Risikobewertung müsste ein solcher Mechanismus mit staatlichen Mitteln und Garantien unterlegt werden.

4) Stärkung der Institutionen

Die Bedeutung der Rechtsstaatlichkeit: Die rasche Umwandlung des ukrainischen Rechtssystems während der letzten Reform mit dem absoluten Fokus auf Unabhängigkeit hat zu neuen Probleme geführt. Obwohl das allgemeine Konzept einer unabhängigen Rechtsprechung für ein funktionierendes Rechtssystem unerlässlich ist, führte dies zu der Tendenz, dass sich die Richter als „über“ dem Rechtssystem stehend verstehen und sich nicht an den Willen der gesetzgebenden Institution gebunden fühlen. Ähnliche Tendenzen sind bei den Strafverfolgungs- und Vollstreckungsbehörden zu beobachten.

Arbeit an der Reform des Justizsystems: Idealerweise sollte eine gemeinsame Task Force mit ukrainischen Mitgliedern aus dem Präsidialamt, dem Parlament, dem Verfassungsgericht, ukrainischen Juristen und Juristinnen (gemischte Experten und Expertinnen für Zivil-/Straf-/Verwaltungs-/Steuerrecht), (ehemaligen) Richtern und Richterinnen des US/EU-Verfassungsgerichts und der höchsten Zivil-, Straf- und Verwaltungsgerichte eingerichtet werden. Die Aufgabe der Task Force wäre:

- Ermittlung der Bereiche mit unmittelbarem Verbesserungsbedarf in den verschiedenen Rechtsorganen (Gerichte/Verfolgung/Vollstreckung)
- Ermittlung des mittelfristigen Verbesserungspotenzials in der juristischen Ausbildung (derzeit sehr begrenzter Fokus auf Rechtstheorie/Rechtsgeschichte)
- Ausarbeitung von Vorschlägen an den Gesetzgeber im Hinblick auf Ergänzungen/Änderungen des bestehenden rechtlichen Umfelds
- Ausarbeitung von Änderungen/Umstrukturierungen in den zuständigen Ministerien/Gerichtsstrukturen und anderen institutionellen Strukturen

Für diese wichtige Aufgabe muss ein entsprechendes Budget bereitgestellt werden.

Die Bedeutung des EU-Beitrittsprozesses: Der Wiederaufbau der Ukraine sollte in vollem Einklang mit dem Ziel stehen, Mitglied der EU zu werden, was durch den Status eines EU-Kandidaten anerkannt wird. Parallel zu den Wiederaufbaubemühungen sollte die Ukraine dazu ihre Gesetzgebung, ihre Standards und deren Umsetzung, insbesondere in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Justiz, mit dem EU-Besitzstand in Einklang bringen, was eine notwendige Voraussetzung für einen erfolgreichen Wiederaufbau- und Erholungsprozess ist, wobei die EU kontinuierliche technische Unterstützung leistet. Eine sofortige institutionelle Einbindung der EU in das ukrainische Wiederaufbaugremium ist daher unerlässlich.

5) Finanzierungsinstrumente in der Ukraine

Die Europäische Bank für Wiederaufbau (EBRD), die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Internationale Finanz-Corporation der Weltbank (IFC) unterhalten umfangreiche Programme zur finanziellen Unterstützung der Ukraine. Diese Institutionen haben ihr Engagement für Soforthilfeszwecke nach dem 24. Februar 2022 in allen auch für die deutsche Wirtschaft relevanten Segmenten enorm ausgeweitet. EBRD und EIB bieten eine langjährige Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ministerien, der ukrainischen Nationalbank und lokalen Banken und Unternehmen sowie bewährte KYC- und AML-Prozesse nach europäischen Standards. Es ist von entscheidender Bedeutung, deutsche Exporteure politisch zu

unterstützen, damit sie sich an diesen langfristigen, integrierten Finanzierungsprogrammen beteiligen können.

Das Funktionieren des Finanzmarktes (Zahlungsverkehr, Devisentransfer, Devisenhandel, lokale und grenzüberschreitende Kreditvergabe, Export) muss gewährleistet sein. Dies ist eine Voraussetzung für die Stärkung des Handels und der wirtschaftlichen Aktivitäten.

Der Wiederaufbau der öffentlichen Infrastruktur wie Straßen, Brücken und öffentliche Gebäude (Wiederaufbau) wird hauptsächlich mit öffentlichen Mitteln erfolgen müssen. Nur in besonderen Fällen wird hier privates Geld zum Einsatz kommen. Um diese Möglichkeiten zu nutzen, ist ein guter und sicherer Rahmen für öffentlich-private Partnerschaften erforderlich. Finanzierungen für kommerzielle Projekte im Rahmen der wirtschaftlichen Wiederherstellung sind für private Banken aufgrund des derzeit sehr schlechten Länderratings der Ukraine als Folge des Krieges und anderer Hindernisse derzeit nicht möglich bzw. aus unternehmerischer Sicht nur sehr schwer zu realisieren. Es müssen Ausnahmen und Überbrückungsinstrumente für den Wiederaufbau des Landes gefunden werden, um privates Kapital zu mobilisieren (siehe Abschnitt 3) oben).

Westliche Partner und Geber könnten auch lokale ukrainische Unternehmen unterstützen, z. B. mit Mikrofinanzierungsinstrumenten. Unternehmen kleinerer Größe könnten ein neues Unternehmen gründen, ihr bestehendes Geschäft aufrechterhalten, weiterhin Steuern zahlen und Menschen beschäftigen. Dies unterstützt auch die staatlichen Strukturen und trägt dazu bei, den Wirtschaftskreislauf in Gang zu halten.

6) Kohlenstoffarme Wirtschaft: Ausrichtung auf zentrale Wirtschaftsstrategien

Weltweit haben führende Industrienationen, Finanzinstitute und Investoren Strategien, Grundsätze und Programme zur Dekarbonisierung entwickelt. Die EU hat nicht nur den European Green Deal ins Leben gerufen, der die wichtigsten Wirtschaftssektoren abdeckt, sondern bereitet auch die Einführung einer Kohlenstoffgrenzsteuer vor. Der wirtschaftliche Erfolg des Wiederaufbaus der Ukraine nach dem Krieg hängt also nicht nur von der Quantität der Mittel, der Unternehmensführung und der Sorgfaltspflicht, sondern auch stark von der Qualität der Programme im Hinblick auf die Dekarbonisierungsziele ab. Das Geld der Steuerzahler in Geberprogrammen sollte in erster Linie für Infrastruktur und Projekte ausgegeben werden, die zu einer neuen, widerstandsfähigen kohlenstoffarmen Wirtschaft beitragen. Der Ukraine bietet sich eine Chance zur Erholung, wenn die Gelder auf der Grundlage bereits bestehender Dekarbonisierungsstrategien ausgegeben werden.⁶ Die Chancen für eine erfolgreiche Integration in neue globale Wertschöpfungsketten sowie in EU-Strukturen sind hoch. Andernfalls könnte die Finanzierung von Infrastrukturen, die auf fossilen Brennstofftechnologien basieren, die falschen Signale an private Unternehmen aussenden und zu gestrandeten Vermögenswerten und massiven Opportunitätskosten führen.

⁶ Die Erfahrungen aus der Corona-Krise sind hier besonders hilfreich. So wirkten sich beispielsweise die Definition von Zielvorgaben (in der EU mussten 37 Prozent aller Mittel für Klimamaßnahmen verwendet werden), die Verwendung technischer Überprüfungskriterien und die Berücksichtigung von Grundsätzen wie dem Do-no-significant-harm-Prinzip (basierend auf der EU-Taxonomie) positiv auf die Gestaltung der EU-Konjunkturprogramme aus.

2. Konstruktion und Bau

Allgemeine Bemerkungen:

Die Städte in der Ukraine bemühen sich, die Kriegsschäden so schnell wie möglich zu beseitigen und erzielen dabei bewundernswerte Ergebnisse. Doch in den umkämpften Gebieten in der Ostukraine und insbesondere bei der Energieinfrastruktur im ganzen Land sind die Zerstörungen immens. Hinzu kommen massive Probleme durch verlegte russische Minen und die durch den Krieg zerstörte Natur. In der jetzigen Phase der Kampfhandlungen liegt der Schwerpunkt auf der Frage der akuten Notreparaturen, die täglich vor Ort durchgeführt werden. Mit Blick auf die mittel- und langfristige Wiederherstellung und Entwicklung des baulichen Bestandes halten wir es für dringend geboten, auf die lokale Wertschöpfung in der Ukraine zu setzen und diese zu sichern, wo immer es möglich ist.

Diese Aufgabe erfordert die Einbeziehung verschiedener Disziplinen und Akteure im Baubereich, die den gesamten Planungssektor (nicht nur bei der Errichtung eines Gebäudes), die Baustoffindustrie, Handwerker/Bauunternehmer, Technologieanbieter und Betreiber/Nutzer umfassen und von Anfang an möglichst inklusiv angegangen werden müssen. Dies geht einher mit einer Priorisierung der Projekte nach kurz-, mittel- und langfristigen Bedürfnissen sowie der Entwicklung eines zuverlässigen und vertrauenswürdigen Kontrollsystems, das ukrainische und internationale Bedürfnisse gleichermaßen berücksichtigt.

Dabei möchte die deutsche Bauindustrie ihre volle Unterstützung bei der Planung und Durchführung des Wiederaufbaus mit Know-how und Technologie anbieten. Bereits in der Ukraine engagierte Unternehmen sind bereit, die Produktion im Land zu erhöhen. Einige Investitionsprojekte in diesem Bereich (Baustoffwerke bei Lwiw und Kyjiw) sind bereits angelaufen. Was Holzprodukte betrifft, so würde ein höheres Maß an Transparenz bei der Beschaffung bereits jetzt zu einer höheren und effizienteren Produktion der Industrie führen und den Wiederaufbau unterstützen.

Vorschläge:

1) (Neu-)Gestaltung des Normenrahmens gemäß den bestehenden EU-Normen

Die Ukraine ist bereits auf dem Weg der Annäherung an die EU und strebt einen möglichst baldigen Beitritt an. Im Dezember 2023 haben die Staats- und Regierungschefs der EU bereits beschlossen, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Dieses Momentum sollte aus unserer Sicht genutzt werden, um die Anwendung von EU-Vergabegrundsätzen im Bausektor als integralen Bestandteil der Auswahl und Beauftragung von Planungspartnern im Preis- und Leistungswettbewerb und der Vergabe von Bauleistungen und Bauprodukten zügig aufzunehmen. Dies führt zu mehr Transparenz, klaren Auswahl- und Vergabekriterien sowie zur Berücksichtigung von Schutzrechten und letztlich zu mehr Vertrauen.

In diesem Zusammenhang erleichtert es auch die Integration europäischer Partner, wenn z.B. in der EU erteilte Zulassungen für Unternehmen und Dienstleistungen auch in der Ukraine voll anerkannt werden und keine separaten Zertifizierungs- oder Zulassungsverfahren notwendig werden. Die normenorientierte Anbindung an die Europäische Union würde z.B. auch die Zertifizierung von öffentlichen Beschaffungsstellen (und Unternehmen mit einem

bestimmten Auftragsvolumen) nach ISO 37001 „Anti-Korruptions-Managementsysteme“ unterstützen. Auch die grundsätzliche Anwendung des BIM-Ansatzes (Building Information Modelling) könnte für Vertrauen, Transparenz und ein besseres Verständnis von Planungsprozessen sorgen. Die Methode steht für die vernetzte Planung, Konstruktion und Verwaltung von Gebäuden und anderen Bauwerken mit Hilfe von Software. Dies entspricht dem Ansatz des ukrainischen Wiederaufbauplans, mit innovativen und modernen Werkzeugen zu arbeiten.

2) Gewährleistung von Transparenz im Projektzyklus in der Bauindustrie

Bauprojekte sind besonders durch ihre Komplexität gekennzeichnet. Daher sind viele Themen und Fragen von zentraler Bedeutung für erfolgreiche Bauprojekte, die von Interessengruppen wie internationalen Finanzinstitutionen, Regierungen und anderen Bauorganisationen behandelt werden müssen: Wie kann die Finanzierung von Projekten sichergestellt werden, wie funktioniert der Ausschreibungsprozess und wer ist für die Planung verantwortlich? Nicht zuletzt stellen sich Fragen zu möglichen Betreibermodellen, aber auch ganz praktisch zur Projektüberwachung und zum Finanzmanagement von Projekten. Hier müssen Modelle gefunden werden, die dem ukrainischen Bedürfnis nach einem hohen Maß an Gestaltungsfreiheit und den Erfordernissen der internationalen Überwachung gerecht werden.

Angesichts der derzeit angespannten Lieferketten und Preisentwicklungen ist auch die Frage, wie Baumaterialien beschafft und in die Ukraine gebracht werden können und wie Baumaschinen und andere Materialien logistisch importiert und im Land bewegt werden können, von grundlegender Bedeutung. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach den anzuwendenden baurechtlichen Standards. Hier bietet sich die Chance, sich an EU-Standards zu orientieren und damit wichtige Schritte auf dem Weg zur EU-Konvergenz zu gehen.

3) Angebote von deutschen Unternehmen

➤ Städte, Gebäude und Bauwesen: Einrichtung einer deutsch-ukrainischen Arbeitsgruppe für strategische Entwicklungsplanung und Design

Vor Beginn der Planungs- und Bautätigkeit muss eine strategische Bewertung der unmittelbaren und mittel- und längerfristigen Baumaßnahmen vorgenommen werden. Wir schlagen die Zusammenstellung einer Gruppe oder von Einzelperson mit Erfahrung im Bau- und Beschaffungswesen auf ukrainischer Seite vor, um eine effektive Kommunikation über die Durchführung von Wettbewerben nach internationalen Standards in enger Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und internationalen Beratern zu initiieren. Deutsche Unternehmen können als Stadtplaner, Architekten, Landschaftsarchitekten und Ingenieure dazu beitragen, entscheidende Prozesse für eine transparente, schnelle und nachhaltige Entwicklung zu initiieren.

➤ Temporäre Unterkünfte / Büro- und Verwaltungsräume

Deutsche Unternehmen sind in der Lage, schnelle modulare Schutzbauten zu errichten. Diese können als Unterkünfte und Büroräume in besonders betroffenen Städten als Basislager genutzt werden. Die Objekte bestehen aus transportablen Containern mit Metall-Holz-Verbund und können innerhalb eines halben Jahres in Betrieb genommen werden. Auch hier wäre es denkbar, die Bauzeit zu verkürzen,

wenn in der Westukraine Standorte für Materiallager und Schulungen eingerichtet werden können.

➤ **Beratung / Unterstützung bei der Umsetzung der Norm EN 1317**

Deutsche Unternehmen verfügen über fundierte Erfahrungen im Straßenbau und dem Ausbau von Verkehrswegen nach europäischen Normen wie der EN 1317 im Bereich der Verkehrssicherheit und bieten an, dieses Wissen gemeinsam mit starken ukrainischen Partnern in den Wiederaufbauprozess einzubringen.

➤ **Gebäudetechnik / technische Lösungen / Materialien**

Deutsche Unternehmen bieten eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Technologie, Digitalisierung und Materialien an. So gibt es zum Beispiel Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Planung, des BIM-Ansatzes (Building Information Modelling), bei Fragen der Gebäudesicherheit, der grünen Gebäudetechnik wie Wärmepumpen oder im Bereich der Energieeffizienz.

3. Logistik und Infrastruktur

Allgemeine Bemerkungen:

Die vergangenen zwei Kriegsjahre haben gezeigt, dass eine funktionierende Infrastruktur und Logistik ein entscheidender Faktor für die zivile Wirtschaft, aber auch für militärische Zwecke ist. Die Leistung der ukrainischen Eisenbahnen bei der Aufrechterhaltung des Betriebs auch unter Kriegsbedingungen ist bewundernswert. Funktionierende Seehäfen sowie Straßen- und Schienenverbindungen sind für den Export unerlässlich. Seit langer Zeit beobachten wir immer wieder schwerwiegende Störungen an der polnisch-ukrainischen Grenze und auch an den ukrainischen Grenzen zu Ungarn, der Slowakei und Rumänien, die zu lang anhaltenden Wartezeiten für die Logistikbranche führen. Wartezeiten von bis zu zwei Wochen und eine unkalkulierbare Dauer der Kontrollen bedrohen die Geschäfte von europäischen und ukrainischen Unternehmen in der Ukraine. Für einige deutsche Zulieferunternehmen ist dieses Thema von größter Bedeutung, da sie „just-in-time“ in Lieferketten internationaler Konzerne eingebunden sind. Im schlimmsten Fall werden die Unternehmen Lieferaufträge verlieren und sogar ihre Produktion in der Ukraine einstellen müssen. Dies gilt es zu vermeiden.

In Abstimmung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz hat der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft seine Mitgliedsunternehmen zur Situation an den ukrainischen Grenzen zur EU befragt und gemeinsam mit der Deutsch-Ukrainischen Auslandshandelskammer ein Positionspapier zu den stark gestiegenen Abfertigungszeiten⁷ erstellt.

Die Probleme an den Landgrenzen zeigen auch, wie wichtig eine dauerhafte Gewährleistung und Steigerung des Seeverkehrs für die Ukraine ist. Die Infrastruktur in den wichtigsten ukrainischen Häfen (Odessa, Tschernomorsk, Pivdenny) ist weitgehend intakt, was eine Normalisierung der Import-/Exportaktivitäten erleichtern würde. Die wichtige Rolle dieser Häfen bei der Sicherstellung von Transporten in die/aus der Ukraine ist in der gegenwärtigen Situation offensichtlich, und das von ihnen abgewickelte Volumen kann nicht durch Landtransporte ersetzt werden. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, eine rasche Ausweitung der Hafenaktivitäten zu erreichen, sobald die Situation dies zulässt (über den Getreideexport hinaus). Das Abkommen über die Ausfuhr von Getreide aus der Ukraine, das erstmals im Juli 2022 ausgehandelt wurde, hatte eine gewisse Entlastung gebracht. Es ist bemerkenswert, dass es der Ukraine gelungen ist, einen gewissen Schiffsverkehr aufrechtzuerhalten, nachdem Russland das Abkommen im Juli 2023 gekündigt hatte. Die Ukraine hat dies erreicht, weil sie die russische Schwarzmeerflotte weitgehend daran gehindert hat, im Westen des Schwarzen Meeres zu operieren, wo sie durch ukrainische Raketen und Marinedrohnen gefährdet ist.

Unabhängigen Experten und Expertinnen zufolge konnte die Ukraine im Dezember 2023 mehr Agrargüter ins Ausland exportieren als jemals zuvor seit Kriegsbeginn. Dies war jedoch auch auf den starken Anstieg der Exporte auf dem Landweg in die EU zurückzuführen, was wiederum zu heftigen Protesten der Landwirte in Polen, der Slowakei und Rumänien führte, die um ihre Wettbewerbsfähigkeit fürchten. Grenzblockaden waren die Folge. Eine dauerhafte Lösung dieses Problems kann nur darin liegen, den Schiffsverkehr auf dem

⁷ Offener Brief zu den Störungen des Grenzverkehrs an der polnisch-ukrainischen Grenze: [2023 12 06_ Stellungnahme zur Blockade der EU-UA-Grenze_final.pdf \(ost-ausschuss.de\)](#)

Schwarzen Meer über Häfen wie Odessa so umfangreich wie möglich abzuwickeln. Weiter notwendig ist auch die Schaffung neuer Hafenskapazitäten an der ukrainischen Schwarzmeerküste und der Donau als Alternative zu den von Russland besetzten ukrainischen Häfen am Asowschen Meer. Die westlichen Partner sollten dafür sorgen, dass diese neuralgische Infrastruktur durch die Lieferung von Luftabwehrwaffen besser geschützt wird. Darüber hinaus sollten sich die NATO-Mitglieder unter den Schwarzmeeranrainern - Rumänien, Bulgarien und die Türkei - stärker für die Freiheit der Schifffahrt auf dem Schwarzen Meer einsetzen.

Die meisten ukrainischen Seeterminals sind derzeit nicht ausgelastet, was für die Betreibenden zu Verlusten führt, eine Situation, die sie längerfristig nicht aufrechterhalten können. Es sollten Mechanismen eingeführt werden, die sicherstellen, dass die Hafentreiber in der Lage sind, ihr Personal aufrechtzuerhalten, so dass eine rasche Ausweitung des Betriebs möglich ist, sobald dies möglich ist.

Vor dem Hintergrund des Krieges haben die Landverkehrswege an strategischer Bedeutung gewonnen. Der weitere Ausbau der Infrastruktur mit allen dazugehörigen Komponenten muss strategisch vorangetrieben werden. Die schnellstmögliche Wiederinbetriebnahme von Flughäfen ist ebenfalls ein kritischer Faktor, hängt aber von Sicherheitsgarantien ab, die politisch und international in größerem Umfang gewährleistet werden müssen.

Vorschläge:

1) Besserer Grenzschutz / Entsprechendes Clearing Center

Im Hinblick auf das Engagement internationaler Unternehmen in der Ukraine ist ein reibungsloser Grenzverkehr ein grundlegend wichtiges Element für die Entscheidung, weiterhin im Land zu produzieren oder die Ukraine als Investitionsstandort in Betracht zu ziehen. Eine zuverlässige Abwicklung an der EU-Außengrenze ist daher unabdingbar, um deutsche und andere internationale Unternehmen aktiv in den Wiederaufbau- und Erholungsprozess der Ukraine einzubinden.

Um dies zu gewährleisten, fordern wir alle politisch Verantwortlichen auf, zeitnah Lösungen zu finden, die einen reibungslosen Personen- und Warenverkehr an der polnisch-ukrainischen Grenze ermöglichen. Mittel- und langfristig muss auch ein Konfliktlösungsmechanismus geschaffen werden, damit Blockaden und Eskalationen wie im Herbst 2023 vermieden oder zumindest schnell gelöst werden können. Eine entsprechende Clearingstelle bei der Europäischen Kommission könnte ein Instrument dafür sein. Dieser Prozess muss auf europäischer Ebene, zumindest aber unter Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Ukraine, Polens, Deutschlands und der Europäischen Kommission konzipiert und umgesetzt werden.

2) Entwicklung der ukrainischen Infrastruktur für Warenumschläge in einem europäischen Kontext

Es ist wichtig, die Infrastruktur für den Warenumschlag an den Grenzen zu Polen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien auszubauen. Idealerweise erfolgt der Umschlag hier in Wechselbehältern, die dann auf 1435-mm-Wagen umgeladen werden. Der Einsatz von 1520-mm-Wagen auf 1435-mm-Drehgestellen ist aufgrund des Leichtbauprofils nur bedingt möglich. Der Ausbau der Infrastruktur für das Umladen von Containern und das Umladen von Waggons erfordert nur einen Bruchteil der Investitionen, die für die Umstellung der

ukrainischen Eisenbahn auf 1435 mm erforderlich sind. Eine symbolische Ausdehnung der TEN-Korridore auf die Ukraine ist möglich, aber nur durch die Aussetzung der TEN-Parameter oder durch die Entwicklung eines zweiten Satzes von Parametern für 1520-mm-Strecken. Diese Normen könnten dann auch in den baltischen Staaten angewandt werden (abgesehen von Rail Baltica).

Auch hier sollte der kurzfristige Schwerpunkt auf dem Ausbau der Infrastruktur (Erhöhung der Umschlagskapazitäten, Um- und Ausbau von Lagerkapazitäten) für einen Ausbau der grenzüberschreitenden Korridore und auf einer Vereinfachung der Sicherheitsvorschriften für den Einsatz ukrainischer Güterwagen und Drehgestelle auf dem europäischen Schienennetz liegen.

Aufgrund des Mangels an Importen in die Ukraine wächst das Risiko, dass die Containerbestände in der Ukraine aufgebraucht werden. Derzeit sind die Schifffahrtslinien noch sehr vorsichtig oder verweigern Einfuhren in die Ukraine, d.h. sie führen Einwegtransporte durch, und wahrscheinlich wird es in einigen Monaten zu einem Mangel an Ausrüstung im Land für Exporte kommen, was auch die Exporte teurer machen wird, da sie nicht ausgeglichen sind. Dieses Problem muss mit strategischer Weitsicht angegangen werden, um die Exportfähigkeit der Ukraine und ihrer Wirtschaft zu erhalten.

3) Perspektive: Dringender Ausbau des Land-/Schienenverkehrs

In den Verladeterminals fehlt es an Ausrüstung, um das ankommende Getreide aus der Ukraine in kurzer Zeit in Container für europäische Normalspur-Waggons zum Weitertransport umzuladen. Zu diesem Zweck ist die Beschaffung von sogenannten Ladecontainern vorgesehen, die das Getreide aus dem ankommenden Waggon „saugen“ und in den Zielwaggon „pumpen“ können.

Dementsprechend wird (von der EU) finanzielle Unterstützung für den Ausbau von Container- und Umschlagterminals (z.B. zusätzliche Gleise, Ladecontainer oder Silos) in der Ukraine und an der Grenze zu Polen, Rumänien und der Slowakei beantragt.

4) Grenzverkehr / Zoll

Die Zollverfahren dauern derzeit noch zu lange (trotz Erleichterungen für ukrainisches Getreide). Wir begrüßen daher, dass die Ukraine als Vertragspartei des „Übereinkommens über ein gemeinsames Versandverfahren und das Übereinkommen zur Vereinfachung der Förmlichkeiten im Warenverkehr“ aktiv am gemeinsamen Versandverfahren teilnehmen kann. Wir gehen davon aus, dass dies die Zollverfahren für den Transitverkehr erleichtern wird. Wir müssen uns jedoch weiterhin für Zollvereinfachungen u.a. in Polen, der Slowakei und Rumänien einsetzen und auf eine verbesserte Kommunikation und Harmonisierung der Verfahren an allen Grenzen der Ukraine zu ihren westlichen und südlichen Nachbarn drängen.

5) Transportversicherung

Der pauschale Ausschluss des ukrainischen Hoheitsgebiets von der Transport- und Frachtversicherung hat schwerwiegende Folgen für die Unternehmen der Transportbranche: Es ist verständlich, dass sich die Versicherungsgesellschaften gegen politische Risiken

absichern wollen, die im Allgemeinen als „nicht versicherbar“ gelten. Der vollständige Ausschluss des ukrainischen Territoriums bedeutet, dass auch Risiken, die generell versicherbar sind, nicht mehr versichert werden. Aus Sicht der Transport- und Exportwirtschaft müssen Wege gefunden werden, die für die Versicherer unkalkulierbaren Kriegsrisiken zu versichern und zwischen kriegsbedingten und nicht kriegsbedingten Schadensursachen zu unterscheiden.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat zusammen mit einigen Mitgliedsunternehmen ein Arbeitspapier mit konkreten Lösungsvorschlägen erarbeitet und mit einigen Entscheidungsträgern und Trägerinnen im Jahr 2023 diskutiert. Leider gab es bisher keine positiven Entwicklungen in diesen Fragen.

6) Angebote von deutschen Unternehmen

- **Projektvorschlag für die Modernisierung der ukrainischen Verkehrsinfrastruktur und ihre Anbindung an die EU-Infrastruktur:** Bau einer Bahnstrecke mit europäischer Spurweite zwischen Lwiw, Kyjiw und Odesa mit Anschluss an das europäische Schienennetz bei Lwiw. Damit würden wichtige Industrie- und Logistikzentren in der Ukraine schnell und kostengünstig (ohne Umleitung) an das europäische Schienennetz und in Zukunft auch an die Rail Baltica angeschlossen. Dies wäre auch ein wichtiger Beitrag zur engeren Anbindung der Ukraine an die EU. Dieses Projekt könnte über TEN-V oder Global Gateway finanziert und umgesetzt werden.
- **Sanierung der Strecke „Dolinska – Mykolajiw“:** Bauarbeiten, Oberleitung, Signalisierung und Telekommunikation. Deutsche Unternehmen wären in der Lage und bieten ihre Zusammenarbeit an, um eine Kooperation bei der Entwicklung dieses Projekts zu diskutieren. Es könnten Planungskapazitäten, BIM-Implementierung sowie technologisches Know-how und Ausrüstung eingebracht werden. Die Bereitstellung von Transportation Management Center (TMC) und die Unterstützung bei der Erstellung eines mittel- und langfristigen Entwicklungsplans für die öffentliche Eisenbahninfrastruktur werden ebenfalls angeboten.
- **Erarbeitung eines gemeinsamen Vorschlags der deutschen und ukrainischen Interessengruppen zur Beschaffung von rollendem Material, Containern und Ladegeräten,** der den Gebern vorgelegt und in den Wiederaufbauprozess eingebracht werden könnte. Es mangelt an rollendem Material für den Transport von Getreide. Dazu gehören grenzüberschreitend einsetzbare Streckenlokomotiven, Containerwaggons und Mehrzweckcontainer. Auch an den EU-Außengrenzen mangelt es an Rangierlokomotiven. Daher wird eine finanzielle Unterstützung (durch die EU) für die Beschaffung oder Anmietung von rollendem Material, Containern und Ladegeräten notwendig.
- **Die Deutsche Bahn Engineering & Consulting führt für UZ pro bono eine Studie über die so genannte „Streckenkompatibilität“ ukrainischer Waggons auf dem europäischen Schienennetz durch.** Aufgrund ihrer Spurbreite und anderer technischer Parameter können die Fahrzeuge nur auf bestimmten Streckenabschnitten fahren. Für die fraglichen Strecken von der Ukraine zu den adriatischen (Koper, Triest), baltischen (v.a. Danzig) und deutschen Häfen (Rostock, Brake) sollen die zuständigen EIU die Kompatibilität der Waggons prüfen.

Getreidetransporte auf der Schiene laufen bisher hauptsächlich über zwei Routen oder Grenzübergänge: über Polen und Rumänien/Constanta. Aus verschiedenen Gründen steht eine effizientere Verteilung an. Gemeinsam mit der ukrainischen Bahn UZ bemüht sich DB Cargo intensiv darum, den Einsatz ukrainischer Waggons auf dem europäischen Schienennetz zu ermöglichen. Die deutsche Industrie bietet ihre Unterstützung in diesem Prozess an.

4. Landwirtschaft

Allgemeine Bemerkungen:

Die Ukraine hat sich in den dreißig Jahren ihrer Unabhängigkeit zu einem Global Player in der Agrarwirtschaft entwickelt - diese Spitzenposition für die Zukunft zu sichern, ist eine der wichtigsten Prioritäten. Mit Russlands Angriff auf die Ukraine steht nun die Ernährungssicherheit für Millionen von Menschen auf dem Spiel. Agrarindustrie und Agrarpolitiker und Politikerinnen müssen sich daher auf massive Veränderungen einstellen.

Die Mitgliedsunternehmen der German Agribusiness Alliance (GAA) werden die Ukraine weiterhin bei der Wiederaufnahme und Ausweitung ihrer landwirtschaftlichen Produktion unterstützen und, wo immer möglich, moderne Agrartechnologien für den Ackerbau und die Viehzucht liefern.

Vorschläge:

Die Arbeit der GAA mit der Ukraine konzentriert sich auf folgende Bereiche:

- **Vertrauen ausbauen:** Aufrechterhaltung und Ausbau der engen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine.
- **Blick in die Zukunft:** Ausstattung der Ukraine mit modernen Agrartechnologien zur Stärkung der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Bereitstellung flexibler Finanzierungsmöglichkeiten.
- **Lokale Investitionen:** Modernisierung und Ausbau der Saatgutproduktion und der entsprechenden Einrichtungen, Ausstattung der Betriebe mit Lizenzen für Präzisionslandwirtschaft, Gewährleistung der Verarbeitung einer größeren Saatguternte.
- **Direkteinkauf:** Kauf ukrainischer Agrarerzeugnisse, Unterstützung von Einkäufen für den globalen Süden.
- **Entwickelt für die Ukraine:** Fortsetzung der lokalisierten Produktion von z. B. standortangepasstem Saatgut, Pflanzen und Nahrungsmitteln, einschließlich Feldversuchen mit Präzisionslandwirtschaft auf mehreren hundert Hektar.
- **Gut zu wissen:** Wissenstransfer, u. a. in den Bereichen Zertifizierungsberatung, Bodengesundheit, Überwachung des CO₂-Fußabdrucks und Erhaltung der biologischen Vielfalt; Ermöglichung des (Wieder-)Einstiegs in die landwirtschaftliche Produktion, des Handels und der Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Produktion, zur Stärkung und Ausweitung des ländlichen Raums und zur Förderung seiner Eigenständigkeit, zur Förderung des Einstiegs von Frauen in die landwirtschaftliche Produktion und ihrer Teilnahme am Markt als Agrarunternehmerinnen.
- **Know your place:** Förderung einer modernen Landbewirtschaftung, die zur Steigerung der Produktion beiträgt und gleichzeitig die Attraktivität des Lebens und Arbeitens im ländlichen Raum erhöht.

Zahlreiche GAA-Mitgliedsunternehmen sind in diesem Zusammenhang aktiv. Darüber hinaus engagieren sich die GAA-Mitgliedsunternehmen abseits ihrer eigentlichen Geschäftsfelder in der Ukraine mit:

- Unterstützung der Mitarbeitenden in der Ukraine und ihrer Familien mit Unterkünften und humanitärer Hilfe;
- Unterstützung von Entminungsaktionen auf Feldern und Straßen (u.a. in Zusammenarbeit mit The HELO Trust und Foundation Suisse de déminage);
- Unterstützung des Wiederaufbaus von ukrainischen Krankenhäusern und der Infrastruktur des öffentlichen Gesundheitswesens;
- Saatgutspenden u.a. an 1250 Kleinbauern und Bäuerinnen, an 240.000 ländliche Familien (in Zusammenarbeit mit dem Hilfsprojekt BORSH) und speziell Sonnenblumensaatgut für Kleinbauern und Bäuerinnen in den Regionen Sumy und Chernihiv für über 10.000 Hektar für vier Millionen Liter Sonnenblumenöl;
- Unterstützung der Wiederherstellung oder des Ausbaus der Exportwege für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Die German Agribusiness Alliance GAA hat im Dezember 2023 ein Positionspapier⁸ zu den agrarpolitischen Aspekten eines möglichen Beitritts der Ukraine zur EU veröffentlicht. Ein Beitritt der Ukraine würde den europäischen Binnenmarkt um rund 40 Millionen Menschen und um eine Fläche von 600.000 Quadratkilometern auf eine Ost-West-Ausdehnung von über 4000 Kilometer erweitern. Nie zuvor ist ein Land von der Größe der Ukraine der EU beigetreten. Der Beitritt der Ukraine zur EU birgt daher Chancen und Herausforderungen für alle Seiten. Folgende Aspekte sind dabei zu beachten:

- Die Ukraine sollte weiterhin dafür sorgen, dass die in die EU exportierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse den EU-Anforderungen entsprechen und dass die landwirtschaftliche Produktion schrittweise an die EU-Vorschriften angepasst wird.
- Der Einsatz moderner landwirtschaftlicher Technologien - insbesondere digitaler Innovationen - sollte gefördert werden.
- Die EU und die Ukraine müssen gemeinsam für eine verbesserte und krisenfeste Agrarlogistik sorgen, damit der Export der ukrainischen Agrarproduktion und der Import moderner Agrartechnologien in Zukunft reibungslos funktioniert und Planungssicherheit bietet.
- Die EU wird nicht in der Lage sein, ihre bestehende Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nahtlos auf ein Agrarland wie die Ukraine anzuwenden, weshalb Änderungen und Übergangsregelungen von entscheidender Bedeutung sind.
- Es gilt nun, im Kreis der EU-Mitgliedsstaaten nach gemeinsamen Lösungen für eine möglichst rasche und reibungslose Integration der Ukraine in einen funktionierenden EU-Agrarmarkt zu suchen. Dazu gehören auch Regelungen für Agrarimporte aus der Ukraine in benachbarte EU-Mitgliedsstaaten sowie die notwendigen Übergangsfristen, die es in tragfähige Lösungen umzusetzen gilt. Vor diesem Hintergrund wird die GAA die Ukraine darin bestärken, die Agrarmärkte außerhalb der Europäischen Union weiter auszubauen und zu beliefern.

⁸ [PositionspapierGAAUkraine30Nov2023.pdf \(ost-ausschuss.de\)](#)

5. Digitalisierung

Allgemeine Bemerkungen:

Die ukrainische Regierung hat vier große Themen als Prioritäten für den Digitalisierungssektor festgelegt. Im Mittelpunkt steht der Ausbau und die Weiterentwicklung von E-Government-Diensten. Dazu gehört der mobile Zugang zu diesen Diensten außerhalb der Ukraine ebenso wie die Einrichtung digitaler Register. Zum anderen sollen Informationsplattformen zur Erfassung des Zustands der Infrastruktur des Landes entwickelt werden. Diese werden als wichtige Grundlage für den Wiederaufbau dienen. Drittens steht das Land vor der Herausforderung, die Gesetzgebung in diesem Bereich im Zuge des EU-Beitrittsprozesses an die Standards der Europäischen Union anzupassen. Viertens soll die kritische und digitale Infrastruktur physisch ausgebaut werden, zum Beispiel durch die Verlegung von Glasfasernetzen. Das Thema Cybersecurity und Resilienz bildet hier den Träger und ist von elementarer Bedeutung.

Die Ukraine ist ein weltweit anerkannter Digitalstandort. Vor Ausbruch des Krieges arbeiteten allein für die deutsche Wirtschaft 100.000 Menschen im digitalen Bereich. In der Wiederaufbauphase soll dies fortgesetzt werden. Dazu bedarf es politischer und regulatorischer Rahmenbedingungen in den Bereichen Cybersicherheit, digitale Infrastruktur, Daten, Plattformen und digitale Technologien. Aus Sicht der Industrie ist dies die Basis für die Anwendung von industriellen Use Cases.

Vorschläge:

1) Fortführung der deutsch-ukrainischen Digitalen Partnerschaft

In den vergangenen Jahren hat der Ost-Ausschuss ein Papier über gemeinsame Aktivitäten mit dem Staatlichen Dienst für Sonderkommunikation und Informationsschutz der Ukraine (Derzhspetsviazok) ausgearbeitet. Im März 2021 wurde die „Deutsch-Ukrainische Digitale Partnerschaft“ vom ukrainischen Ministerpräsidenten Denys Schmyhal und anderen deutschen und ukrainischen Akteuren ins Leben gerufen. Diese Kooperationen und Aktivitäten sollen fortgesetzt und vertieft werden.

2) Zeitliche und inhaltliche Prioritätensetzung

Aus Sicht der deutschen Unternehmen sollten die Ziele nach zeitlicher Notwendigkeit und Dringlichkeit priorisiert werden. Derzeit befinden wir uns in einer Verteidigungsphase. Daher sollten hier die Themen digitale und physische Sicherheit kritischer Infrastrukturen und Kommunikation im Vordergrund stehen. Auch einige Dienste von E-Government-Plattformen sind in der aktuellen Phase notwendig. Die generelle Weiterentwicklung sehen wir als mittelfristige Aufgabe an. Die Entwicklung der physischen Infrastruktur unterliegt angesichts der aktuellen Kriegssituation großen Sicherheitszwängen.

Um künftige Investitionen in physische Infrastrukturen zu sichern, sollten Maßnahmen zur Cybersicherheit als Teil der Investitionen betrachtet werden, die auf den EU-Rechtsvorschriften zur Cybersicherheit kritischer Infrastrukturen beruhen. Im Zusammenhang mit der europäischen Perspektive der Ukraine und der Notwendigkeit, interoperable elektronische Kommunikationsstrukturen in der Ukraine zu schaffen, sollten

außerdem die Erfahrungen mit der Nutzung von Verfahren und Technologien im Bereich der Cybersicherheit genutzt werden. Auf dieser Grundlage würden sowohl das Vertrauen in die Sicherheit und Integrität der öffentlichen Verwaltung als auch ihre Kapazitäten zur Interaktion mit europäischen Partnern auf „geheimer“ Ebene gestärkt.

3) Angebote von deutschen Unternehmen

- **Längerfristige Zusammenarbeit deutscher und ukrainischer Stakeholder** aus Politik und Wirtschaft zur gemeinsamen Entwicklung des Themas **Cyber Resilience** und regelmäßiger Austausch über konkrete Bedarfe (z.B. deutsch-ukrainischer Cybersecurity Dialogue) und enge Kommunikation und Kooperation, z.B. bei Exportgenehmigungen von Behörden mit Unternehmen, um in der aktuellen Verteidigungsphase notwendige Fähigkeiten schnell bereitstellen zu können.
- **Stärkung und aktive Nutzung der Instrumente der Cybersecurity-Kooperation der Bundesregierung** (Koordinierungsstab Cyber-Außenpolitik) in Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft.
- **Bereitstellung von Fähigkeiten in den Bereichen Cloud-Lösungen, sichere Kommunikation und Strukturaufbau** durch deutsche Unternehmen für ukrainische Partner.
- **Aktualisierung der Programmdokumente im Bereich der elektronischen Kommunikation** entsprechend den kriegsbedingten Umständen (d.h. Änderung der Methoden und Aktivitäten, die erforderlich sind, um das Gebiet der Ukraine mit einem Hochgeschwindigkeits-Breitbandzugang zu versorgen).
- **Entwicklung technischer Spezifikationen für neu aufgebaute Breitbandnetze** (einschließlich der Erstellung eines Rahmenkonzepts für die Verwaltung solcher Arbeiten auf der Grundlage von IT-Tools für die ordnungsgemäße Planung und Durchführung von Umbaumaßnahmen und die Kommunikation zwischen dem Staat, den lokalen Behörden und den Anbietern).
- **Einrichtung von Bildungsprogrammen** für technische Berufe, die für den Wiederaufbau von Breitbandnetzen erforderlich sind.

6. Energie und Wasser

Allgemeine Bemerkungen:

Die Versorgung mit Strom, Wärme und Wasser ist ein kritischer Faktor unter den Bedingungen des Krieges. Sie wird auch mittelfristig eine große und zentrale Aufgabe bleiben. Die Ukraine arbeitet mit Hochdruck an der Behebung akuter Kriegsschäden im Energie- und Wasserversorgungssystem, benötigt aber weiterhin kontinuierliche finanzielle und materielle Unterstützung durch westliche Partner (Soforthilfe). Dabei spielt auch die Instandsetzung von Kraftwerken und anderer Energieerzeugungsinfrastruktur eine zentrale Rolle. Auch die Instandsetzung der Verteilungsnetze ist nötig. Mit Blick auf die mittel- und langfristige Perspektive des ukrainischen Energie- und Wassersystems setzt die Ukraine auf Dezentralisierung, mehr Netzflexibilität, moderne, innovative und digitale Technologien sowie einen Anschluss an den Strommarkt der Europäischen Union. Die deutsche Wirtschaft unterstützt diesen Ansatz. Bereits bestehende Förderstrukturen, wie der Ukraine Support Fund im Rahmen der Energiegemeinschaft, sind gute Ansätze. Wir fordern Regierungen und Geber auf, solche Strukturen zu unterstützen, um die Effizienz der bestehenden Instrumente zu erhöhen. Die Unterstützung des Fonds durch Spenden ermöglicht es, dringend benötigte Ausrüstung zu beschaffen und der Ukraine schneller zu helfen.

Unserer Meinung nach ist es wichtig, dass zukünftige Themen wie die Wasserstoffpartnerschaft mit der Ukraine ein strategisches Ziel in den Energiebeziehungen bleiben. Darüber hinaus bietet die Dezentralisierung der Energieerzeugung einen kombinierten Ansatz, der den großen Agrarsektor bei der Produktion von Biogas einbezieht, um die Abhängigkeit von Erdgas zu verringern. Ein bereits verabschiedetes Gesetz, das die Einspeisung von Biogas in das ukrainische Gasnetz erlaubt, ist in diesem Zusammenhang ein wichtiges Element zur Entwicklung des Sektors.

Da eine zuverlässige Wasserversorgung auch die Grundlage für Gesundheit und Wirtschaft bildet, ist auch die Erneuerung des Wassersektors für eine sichere Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft entscheidend. Der Ost-Ausschuss unterstützt den Mykolaiv Water Hub. Ziel dieser Initiative ist es, die Modernisierung der ländlichen und städtischen Wasser-, Energie- und Agrarinfrastruktur insbesondere im Süden der Ukraine voranzutreiben. Zu diesem Zweck bringt der Mykolaiv Water Hub gemeinsam mit deutschen Partnern, Entscheidungsträger und Trägerinnen von Wasserversorgungsunternehmen, Vertreter und Vertreterinnen von Technologieunternehmen, Start-ups und Universitäten zusammen, um die besten verfügbaren Technologien und Finanzierungsmöglichkeiten zur Unterstützung der Widerstandsfähigkeit und Wiederherstellung kritischer Infrastrukturen vorzubereiten. Eines der Hauptthemen ist die Einrichtung eines regionalen Wasserinnovationslabors in Mykolaiv mit dem Ziel, Raum und ein Ökosystem für den innovativen Wiederaufbau und die Erholung der Ukraine zu schaffen.

Vorschläge:

1) Stromexport in die EU / Anschluss an das EU-Netz

Seit den russischen Angriffen Ende März 2024, die wahrscheinlich die schwersten seit Beginn des Krieges waren und die Energieinfrastruktur in der gesamten Ukraine beschädigten, ist die Nachfrage der Ukraine nach Energieanlagen enorm gestiegen. 80 Prozent der Kapazität

der Wärmekraftwerke des ukrainischen Unternehmens DTEK wurden zerstört. Die Reparatur oder Wiederherstellung der im Krieg beschädigten oder zerstörten Übertragungs- und Verteilungsanlagen ist und bleibt eine Priorität für die Ukraine. Dies wird jedoch nicht einfach sein, da die Lieferfristen zum Beispiel für benötigte Leistungstransformatoren bis zu 24 Monate betragen. Zu den schnellen Lösungen könnten mobile Umspannwerke und mobile Transformatoren mit mehreren Nennleistungen und Spannungen für verschiedene Standorte gehören. Solche mobilen Geräte würden die Wiederherstellung/Reparatur von Umspannwerken ermöglichen, solange die permanente Ausrüstung für die verschiedenen Umspannwerke hergestellt wird. Die derzeitige Situation ist sehr kritisch und europäische Hilfe ist dringend erforderlich, um das zerstörte Energiesystem wiederherzustellen.

Wir sind überzeugt, dass die **Strompartnerschaft** ein großes Potenzial birgt. Erste Schritte wurden mit der Integration des ukrainischen (und moldauischen) Stromnetzes in das EU-Stromnetz unternommen. Um die Möglichkeiten des Stromexports in Zukunft in ein für beide Seiten erfolgreiches Modell zu verwandeln, sollten alle Partner an der Entwicklung eines zukunftssicheren Stromübertragungsnetzes und einer nachhaltigen elektrischen Infrastruktur arbeiten, einschließlich der Erhöhung der Verbindungskapazitäten. Die Anlagen sollten (digital) verbunden werden, es sollten verlässliche Schaltanlagen verwendet werden, fortschrittliche Netzsteuerungen sollten implementiert werden, und die Nutzung erneuerbarer Energien sollte sichergestellt werden. Letztendlich wären Gesamtbetriebskosten ein besserer Indikator für Investitionsentscheidungen als nur die reinen Investitionskosten.

Energieerzeugung und -export werden zu einem attraktiven Geschäftsmodell, wenn ein klares und transparentes Verfahren für die Netzentgelte und ein transparentes System für die Zugangsgebühren eingeführt werden und der Zugang zu den Netzen für ausländische Unternehmen möglich wird. Außerdem gibt es bei den derzeitigen Preisobergrenzen auf dem Strommarkt und ohne Kapazitätsmarktelemente keine wirtschaftlichen Gründe für den Bau neuer konventioneller Kraftwerke. Eine Reform des Strommarktdesigns ist erforderlich, um ausländische und inländische Investitionen und Kapital anzuziehen.

Im Hinblick auf die Nutzung CO₂-freier Energie - aber auch für das Thema Biogas - ist die Einführung eines Herkunftsnachweissystems für in der Ukraine erzeugten Strom und Energie sinnvoll und notwendig, um die Möglichkeit von Energieexporten zu entwickeln.

2) Tarifsysteem / Erneuerbare Energien

Um in Zukunft verlässliche Geschäftsmodelle zu ermöglichen, müssen Abnahmegarantien für erneuerbare Energien geklärt werden, ebenso wie die Rolle, die Einspeisetarife in der Ukraine in Zukunft spielen werden und wie sie gestaltet werden können, zum Beispiel durch Auktionen. Entscheidend für Investitionen wird sein, dass die Tarife für Strom und Wärme in Zukunft wirtschaftlich/kostendeckend gestaltet werden, so dass die Erzeuger rentabel arbeiten können und die Verbraucher nicht überfordert werden. Letztlich ist ein Geschäftsmodell für alle Seiten - internationale, deutsche und ukrainische Akteure - entscheidend. In diesem Sinne begrüßen wir das im Sommer 2022 verabschiedete Gesetz, das PPAs für Unternehmen ermöglicht.

3) Stromerzeugung / Fernwärme

Die Ukraine sollte einen pragmatischen, technologieneutralen Ansatz verfolgen, um ein modernes und emissionsarmes Energiesystem aufzubauen und zu modernisieren, das die folgenden Elemente und technologischen Lösungen enthält: Ausbau der erneuerbaren Energien (Wind, Sonne) für den Hausgebrauch, Stromexport und perspektivisch die Produktion von grünem Wasserstoff. Beim Ausbau der Energieerzeugung aus Biomasse sollen landwirtschaftliche Abfälle, Biogas, Biomethan und Fernwärme-KWK genutzt werden. Die Hauptaufgabe für alle biomassebezogenen Projekte besteht darin, die Erdgasbilanz des Landes zu verbessern.

Eine „Umstellung von Kohle auf Gas“ sollte gefördert werden mit dem Ziel, die bestehende konventionelle Stromerzeugung zu modernisieren/umzubauen durch: (a) Modernisierung/Retrofit bestehender Kraftwerke; (b) Ersatz bestehender weniger effektiver Gas- und Dampfturbinen durch neue Anlagen; (c) Repowering/Kohle-zu-Gas-Umstellung (d.h. Ersatz von Kohlekraftwerken durch Gaskraftwerke, was zu erheblichen CO₂-Reduzierungen führen würde); (d) Umwandlung von Generatoren aus abgeschalteten Kohlekraftwerken in rotierende Netzstabilisatoren.

Die Modernisierung des **Fernwärmesystems** bleibt ein eigenes, wichtiges Thema. Der Einsatz neuer Technologien (z.B. Wärmepumpen) und die Digitalisierung von Verteilung, Messung und Energieprognose würden zu Effizienzsteigerungen und zur Reduzierung des Erdgasverbrauchs führen.

4) Angebote von deutschen Unternehmen

- Wir freuen uns darauf, **unseren engen Dialog mit dem ukrainischen Energieministerium** und anderen Beteiligten **fortzusetzen**, um die **Nothilfeleistungen** mit moderner Ausrüstung und Know-how konkret **zu unterstützen**. Der Ost-Ausschuss hat zu diesem Zweck ein Ukraine Service Desk eingerichtet, der deutsche und ukrainische Unternehmen auch im Energie- und Wassersektor unterstützt. Wir laden ukrainische Experten und Stakeholder ein, Ideen und Vorschläge gemeinsam mit dem Ost-Ausschuss und seinen Mitgliedsunternehmen in einem regelmäßigen Format zu diskutieren und zu entwickeln.
- **Aufbau einer deutsch-ukrainischen Technologiepartnerschaft**, zum Beispiel zur Förderung des Ausbaus der Biogasproduktion. In diesem Zusammenhang sollte auch die bisherige Arbeit z.B. der Deutschen Energie-Agentur dena und der Deutsch-Ukrainischen Energiepartnerschaft genutzt und vertieft werden sowie der Dialog zwischen der deutschen Wirtschaft und ukrainischen Unternehmern und Entscheidungsträgern fortgesetzt und intensiviert werden.
- In der Vorkriegszeit hat der Ost-Ausschuss im Sommer 2021 das „**Hydrogen Network Ukraine**“ gegründet. Aus unserer Sicht soll die Produktion von grünem Wasserstoff nicht von der mittel- und langfristigen Agenda gestrichen werden. Dennoch gehört sie zu den zukünftigen Exportgütern der Ukraine, und wir bieten die laufende Unterstützung des Netzwerks in diesem Energiesektor an.

7. Gesundheitswesen

Allgemeine Bemerkungen:

Seit Beginn des russischen Angriffs kämpfen die Menschen in der Ukraine ums Überleben, Millionen mussten fliehen. Seit dem 24. Februar 2022 waren nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR rund zwölf Millionen Flüchtlinge gezwungen, das Land zumindest vorübergehend zu verlassen.⁹ Die Zahl der Todesopfer unter der Zivilbevölkerung ist auf eine katastrophale Zahl von mehr als 10.000 gestiegen, die vom Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte ermittelt wurde.¹⁰

Der Krieg fügt der Wirtschaft des Landes enormen Schaden zu, auch der grundlegenden Infrastruktur wie dem Gesundheitssektor. Allein in den ersten sechs Monaten des Krieges zählte der Lagebericht des WHO-Büros in der Ukraine 512 verifizierte Berichte über Angriffe auf die Infrastruktur des Gesundheitswesens in 13 Oblasten, wobei 434 Angriffe auf Einrichtungen, 144 Angriffe auf die Versorgung, 73 Angriffe auf den Transport, 60 Angriffe auf das Personal und 24 Angriffe auf die Patienten direkt erfolgten. Laut eHealth-Daten aus der Vorkriegszeit wurden in diesen Gesundheitseinrichtungen monatlich 347.000 Patienten behandelt.¹¹

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die GHA - German Health Alliance haben sich seit Beginn des Krieges darauf konzentriert, der Gesundheitswirtschaft sowie Vertretern der Bundesregierung und internationaler Hilfsorganisationen eine Austauschplattform zu bieten, um aktuelle Informationen zu teilen und Hilfsmaßnahmen zu koordinieren. Es ist unser Ziel, konkrete Unterstützungsmaßnahmen und Lösungsansätze aus unserem Netzwerk in den Mittelpunkt zu stellen.

Vorschläge:

1) Soforthilfe und Hilfsgüter für die Ukraine.

Die Erholung des Gesundheitssektors ist sowohl für die Regierung als auch für den privaten Sektor von größter Bedeutung. Die Bundesregierung unterstützt durch Spenden, unter anderem für die medizinische Behandlung gefährdeter Gruppen, sowie die Verlegung von Patienten nach Deutschland und in Nachbarländer. Die Privatwirtschaft engagiert sich durch direkte Spenden, Spenden nach dem **Katastrophenschutzverfahren der Europäischen Union (UCPM)** sowie Spenden über internationale Hilfsorganisationen und NRO. Das UCPM hat maßgeblich dazu beigetragen, in Abstimmung mit anderen EU-Mitgliedstaaten eine wirksame und gezielte Hilfe zu gewährleisten.

Medizintechnikunternehmen unterstützen die Ukraine aktiv, indem sie unter anderem Systeme für (Radio-)Chirurgie/Radiotherapie, mobile Röntgen- und Ultraschallgeräte für Fachzentren und Krankenhäuser sowie Beatmungsgeräte liefern. Aufgrund der

⁹ Operational Data Portal [Situation Ukraine Refugee Situation \(unhcr.org\)](https://www.unhcr.org/situation-ukraine-refugee-situation), WHO Lagebericht [Krieg in der Ukraine: Lagebericht des WHO-Länderbüros Ukraine. Ausgabe Nr.22, 7. September 2022](#)

¹⁰ [Anzahl der zivilen Opfer durch Ukraine-Krieg 2023 | Statista](#)

¹¹ Stand: 7. September 2022. Krieg in der Ukraine: Lagebericht des WHO-Länderbüros Ukraine. Ausgabe Nr.22, 7. September 2022

Kriegshandlungen wurden spezialisierte Zentren in den Westen des Landes verlagert. Ein Neurozentrum wird derzeit in Lwiw gebaut.

Die hier versammelten Unternehmen und Organisationen unterstützen auch nachdrücklich das deutsche Bundesministerium für Gesundheit, das sich auf Maßnahmen im Bereich der prothetischen Versorgung, den Aufbau von Traumazentren, den Know-how-Transfer im Rehabilitationsbereich sowie auf telemedizinische Projekte und den Einsatz deutscher Ärzteteams konzentriert.

2) Unterstützung bei der Wiederherstellung und Stärkung der öffentlichen Gesundheitseinrichtungen

Die lang erwartete Umgestaltung des Gesundheitssektors in der Ukraine hat 2014-2015 mit der Schaffung der gesetzlichen Grundlagen begonnen. Die aktive Umsetzungsphase begann 2018. Ein wichtiger Schritt war die Schaffung eines einzigen nationalen Einkäufers von Gesundheitsdienstleistungen, des Nationalen Gesundheitsdienstes der Ukraine (NHSU). Die landesweite Einführung sollte 2020 erfolgen, doch die Coronavirus-Pandemie vereitelte diese Bemühungen und legte gleichzeitig die Schwächen des Gesundheitssystems offen, wie es auch in den meisten anderen europäischen Ländern der Fall war.

Die hier versammelten Unternehmen und Organisationen unterstützen die Aussage der WHO, dass die Wiederherstellung des Gesundheitssystems und der Gesundheit im Allgemeinen für die Erholung, den Frieden und die Sicherheit in der Ukraine von wesentlicher Bedeutung ist. Wir unterstützen nachdrücklich die fünf Grundsätze, die formuliert wurden, um sicherzustellen, dass nationale und internationale Investitionen in den Wiederaufbau mit dem Entwurf der ukrainischen Regierung für die Gesundheitsstrategie 2030 in Einklang gebracht werden:

- a) **Menschenzentrierte und ganzheitliche Gesundheitsversorgung;**
- b) **Gerechtigkeit und finanzieller Schutz mit Schwerpunkt auf den schwächsten Gruppen;**
- c) **Resiliente Strukturen und Prozesse;**
- d) **Effizienz und Nachhaltigkeit im Hinblick auf anpassungsfähige Kapazitäten und den Standort der Dienste, aber auch die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)**
- e) **Rechenschaftspflicht und Transparenz auf allen Regierungsebenen und in allen Regierungsbehörden** (Gesundheitsministerium, Nationaler Gesundheitsdienst der Ukraine (NHSU), Zentrum für öffentliche Gesundheit des ukrainischen Gesundheitsministeriums (UPHC) und Zentrale Beschaffungsstelle).¹²

In ihrem Bemühen um Transparenz und Einhaltung der Vorschriften sind alle Mitglieder der Plattform mit den EU-Vergaberichtlinien vertraut und bereit, ihre Bemühungen entweder durch direkte Verhandlungen oder Ausschreibungen zu mobilisieren. Die Beratungsunternehmen unserer Organisationen haben bereits Erfahrung in der Begleitung von Beschaffungen in Notfällen weltweit.

Wir empfehlen nachdrücklich die aktive und strategische Beteiligung des Privatsektors an diesen großen Sanierungs- und Transformationsbemühungen. Ein Instrument wie **öffentlich-private Partnerschaften**, das die Kauf- und Planungsmacht der Regierung mit der

¹² [Grundsätze für die Erholung und Umgestaltung des Gesundheitssystems in der Ukraine \(who.int\)](https://www.who.int/publications/m/item/principles-for-recovery-and-reconstruction-of-health-systems-in-ukraine)

Innovationskraft der Industrie verbindet, hat sich auf der ganzen Welt¹³ und auch in der Ukraine nachhaltig positiv auf die Gesundheitssysteme ausgewirkt. Es gibt einige bewährte Verfahren zur Kostendeckung durch den nationalen Gesundheitsdienst, z. B. für spezialisierte Behandlungszentren, die untersucht und erweitert werden können.

3) Angebote von deutschen Unternehmen

- **Konsortialplattform für die Entwicklung/den Wiederaufbau der regionalen Gesundheitsinfrastruktur:** Deutsche Unternehmen und Organisationen bieten an, eine Konsortialplattform für Projekte einzurichten, um skalierbare Lösungen für die Sanierung der Gesundheitsinfrastruktur in einer beliebigen Oblast/Region zu entwickeln, um die Bereitstellung moderner, finanziell nachhaltiger Gesundheitsdienste zu ermöglichen (Regionale Exzellenzzentren). Dies umfasst die Planung bedarfsgerechter Gesundheitsdienste, die Sanierung/Entwicklung der Infrastruktur, Medizintechnik, digitale Lösungen für das Patientenmanagement und Personalentwicklung. Die Plattform soll für die ukrainische Seite die erste Anlaufstelle für die Entwicklung der spezifischen regionalen Vorschläge und die Navigation durch das vorhandene Know-how sein. Von größter Bedeutung ist dabei ein „One-Stop-Shop“, der einzigartiges Know-how in der deutschen Medizintechnik und Kompetenzen für künftige Projekte zur Wiederherstellung der Gesundheitsinfrastruktur bündelt. Dabei unterstützen wir die Idee der ukrainischen Seite, Universitätskliniken nach deutschem Vorbild zu schaffen.
- **Unterstützung beim Wiederaufbau des Gesundheitssystems und bei der Deckung des Bedarfs der ukrainischen Bevölkerung an Gesundheitsdiensten:** Diese Plattform kann Partnerschaften aufbauen, z. B. bei der Verstärkung der Bemühungen um den Wiederaufbau des Notfallgesundheitssystems in der Ukraine, bei der Bereitstellung von Expertenwissen zur Stärkung der nationalen Gesundheitssysteme, bei innovativen Lösungen zur Verbesserung der Qualität und Zugänglichkeit von Gesundheitsdiensten und -systemen sowie bei der Finanzierung und Erstattung von Gesundheitsdiensten. Sie kann auch die Schulung des medizinischen Personals in Deutschland oder das Angebot von Online-Lernplattformen (einschließlich 3D-Lerntechnologien) in ukrainischer Sprache umfassen.
- **Digitale Lösungen:** Wir bieten moderne Lösungen für die Digitalisierung des Gesundheitswesens (sowohl als IT-Dienstleister als auch als Softwarehaus). Dazu gehören die Konzeption der elektronischen Patientenakte, die Entwicklung von Software für das Gesundheitswesen, die Erstellung von Cloud-Lösungen, die Entwicklung von API-Schnittstellen und die Migration von Softwaresystemen, die Unterstützung bei der Aktualisierung bestehender IT-Systeme, Datenschutz und Datensicherheit.
- **Telemedizin:** Um in Übereinstimmung mit den Bemühungen staatlicher Institutionen, ein Netzwerk psychologischer Unterstützung in der Ukraine aufzubauen, bieten wir einen Dialog und Austausch über Industrielösungen an, die in der Ukraine für telemedizinische Konsultationen genutzt werden können, einschließlich

¹³ [Öffentlich-private Partnerschaften im Gesundheitswesen - HealthManagement.org 10979 - ES Whitepaper zu öffentlich-privaten Partnerschaften \(PPPs\) \(siemens-healthineers.com\)](#)

wissenschaftlicher Zusammenarbeit mit führenden Think Tanks und gemeinsamer medizinischer Konsultationen für Patienten und Patientinnen aus der Ukraine in deutschen Krankenhäusern und Universitätskliniken.

- **Privat-Öffentliche Partnerschaften (PPP):** Ob Krankenhaus oder High-Tech-Medizintechnik, wir bieten Expertenwissen zu einer Vielzahl von Lösungen, um ein realisierbares PPP-Projekt zum Leben zu erwecken: durch den Zyklus der Projektvorbereitung, der Vertragsfinanzierung, der Inbetriebnahme der Einrichtung und der Vertragsdurchführung.

Über den Herausgeber

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. (OA) vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern Osteuropas und Zentralasiens. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen zu diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen in die Märkte der Region.

Seit August 2022 vernetzt der Service Desk Ukraine des Ost-Ausschusses deutsche und europäische Unternehmen und Wirtschaftsverbände mit ukrainischen Partnern, um konkrete wirtschaftliche Soforthilfe zu leisten und den Wiederaufbau in der Ukraine zu fördern. Seit Oktober 2022 veröffentlicht der Service Desk Ukraine monatlich das „Update Recovery Ukraine“, das über aktuelle Termine und Entwicklungen zum Wiederaufbau informiert und Hinweise auf Finanzierungsmöglichkeiten und Ausschreibungen in der Ukraine enthält. Das Update kann kostenlos abonniert werden. Wenden Sie sich mit Ihren Fragen zur Ukraine gerne an uns!



Kontakt



Alena Akulich
Regionaldirektorin Osteuropa
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
T. +49 (0) 30 206167-113
E-Mail: A.Akulich@oa-ev.de



Kateryna Kyslenko
Leiterin
Service Desk Ukraine
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
T. +49 30 206167-129
E-Mail: K.Kyslenko@oa-ev.de

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▫ Vernetzen ▫ Handeln



Pressekontakt:
Andreas Metz | Leiter Public Affairs
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
T. +49 (0)30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss